

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post
monatlich . . . 16—Kč,
vierteljährlich 48—Kč,
halbjährlich . . . 96—Kč,
ganzjährig . . . 192—Kč.
Für Deutschösterreich monatlich 400—öK, für Deutschland 40—Mk.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Der Anschlag gegen die Beamten.

Der Staat ist in finanziellen Nöten. In den Vorjahren gelang es, das Loch im Staatshaushalt noch mühsam zu verkleinern, doch für das nächste Jahr ist das Defizit bereits derart angeschwollen, das seine Verhüllung nicht mehr möglich war. Und so macht das Budget für das Jahr 1922 das Eingeständnis, daß der Staat in dem bevorstehenden Budgetjahr um 900 Millionen Kronen mehr ausgeben, als einnehmen wird. Daß es so gekommen ist, war vorauszusehen. Eine Staatswirtschaft, die ohne Befinnung Geld in Massen verschwendet, und von Großmenschlichkeit ebenso wie vom Geiste des Militarismus erfüllt ist, mußte die Staatskassen, auch wenn sie durch Steuererhöbungen noch so sehr nachgefüllt werden, ausschöpfen und bald vor dem leeren Nichts stehen. Daß es dahin gekommen ist, daß unsere Finanzwirtschaft trotz aller Finanzoperationen und Erschließungen neuer Steuerquellen bis zum Bankrott gelangt ist, daran tragen unsere Regierenden ihr vollgerütteltes Maß von Schuld.

Die 900 Millionen Kronen, die das Budget an Mehrausgaben gegenüber den Einnahmen an Steuern und Erträgen der Unternehmungen des Staates ausweist, müssen ihre Bedeckung erfahren, sonst ist der Staat gezwungen, die Notenpresse stärker arbeiten zu lassen, was den Sturz unserer Valuta zur Folge hätte. Die Regierungsparteien, in denen die Vertreter der Bürgerlichen das Hauptwort führen, wollen es vermeiden, neue Steuern einzuführen und so bleibt nur das Mittel des Sparens übrig. Sparen! In der Tat ließen sich, wenn man dort anpacken wollte, wo es am Plage wäre, bei den unproduktiven Ausgaben Ersparnisse von hunderten Millionen Kronen erzielen. Ein so kleiner Staat, wie es die Tschechoslowakei ist, macht sich der Hochstapelei schlimmster Art schuldig, wenn er Militärausgaben macht, die kaum eines großen Staates angemessen wären, die aber einem Staat, wie es die Tschechoslowakei ist, finanziell die Kehle zuschnüren und ihn an der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialistischen Entwicklung hindern. Hochstapelei sind auch die maßlosen Ausgaben für die Auslandpropaganda, für die Erhaltung der zahllosen Konsulate und Gesandtschaften, für das große Heer von Beamten, die in diese Gesandtschaften es sich wohlergehen lassen, ohne daß der Staat daraus nennenswerte wirtschaftliche Vorteile zöge. Aber statt hier zu sparen, geht er daran, die Gehalte der Beamten und Lehrer zu kürzen, diesen Schichten geistiger Proletarier an ihrer ohnehin eingeschränkten Lebenshaltung noch mehr zu schädigen. Daß es den Beamten und Lehrern jetzt gut geht, wird kaum jemand behaupten können, der die Verhältnisse kennt und weiß, daß ihre Einkünfte, insbesondere in den unteren Rangsklassen, kaum zur Deckung der notwendigsten Lebensbedürfnisse hinreichen, geschweige denn, ihnen jene Annehmlichkeiten, die das Leben erst lebenswert machen, möglich machen können. Nun kommt der Staat und verlangt von den Beamten, denen die Stabilisierung ihrer Gehalte noch vor kurzem vorgegaukelt wurde, daß sie auf einen Teil dieser Gehalte zu Gunsten des Staates verzichten. Nicht die reichen Kapitalisten sollen dem notleidenden Staat aufhelfen, sondern die armen Beamten und Lehrer! Sie sollen von ihren Be-

Für die Internationale.

Die internationale sozialistische Arbeitsgemeinschaft für eine Proletarier-Weltkonferenz.

Berlin, 19. Dezember. (Eigenbericht des Sozialdemokraten.) In der Sitzung des Büros der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien, die am 17. in Frankfurt a. M. stattfand, wurde nach eingehender Diskussion einstimmig ein Beschluß gefaßt, worin das Einverständnis mit der Resolution der französischen sozialistischen Partei erklärt wird, die Frage einer allgemeinen Konferenz zur Herbeiführung einer Aktionsgemeinschaft des gesamten Weltproletariates zu verwirklichen. Die Möglichkeit einer derartigen allgemeinen Konferenz wird sich aus den zwingenden Notwendigkeiten des sich immer mehr verstärkenden Klassenkampfes ergeben. Für den Augenblick erscheint als nächster Schritt die Einberufung einer Konferenz der proletarischen Parteien jener Länder, die durch die Friedensdiktate von Versailles und St. Germain direkt betroffen sind, als durchaus zweckmäßig. Nachdem in der Verhandlung der französischen Sozialistenpartei mit der sozialistischen Partei Italiens bereits letztere ihre Bereitwilligkeit erklärt

hat, an einer solchen Konferenz teilzunehmen, beauftragt das Büro der S. S. P. die Arbeiterpartei Englands und die französische sozialistische Partei mit der englischen Labour Party (Arbeiterpartei) wegen einer solchen Konferenz in Verbindung zu treten. Das Büro der S. S. P. tritt dem Wunsch der französischen sozialistischen Partei bei, diese Konferenz, wenn irgend möglich, in Paris stattfinden zu lassen. Als Hauptgegenstand der Beratungen dieser Konferenz wird vorgeschlagen die ökonomische Lage Europas mit besonderer Berücksichtigung des Reparationsproblems. Um die Beratungen der Konferenz fruchtbar zu gestalten, soll an alle einzuladenden Parteien zunächst die Anforderung gerichtet werden, auf Grund der ökonomischen Lage ihres Landes ihre Vorschläge zu formulieren. Die Länder, deren Parteien einzuladen wären, sind: England, Frankreich, Italien, Belgien, Deutschland, Tschechoslowakei, Deutschösterreich, Holland und die Schweiz.

zügen fünf bis dreißig Prozent hergeben, die Eisenbahnbediensteten sollen von je hundert Kronen ihres Einkommens fünf Kronen verlieren und die Lehrer bis über dreißig Kronen. Die Gehalte der Minister aber bleiben unangefastet und auch vom Budget des Militarismus darf kein Heller gestrichen werden! Die Beamten und Lehrer, die diese Weihnachtsschleuderwirtschaft vernahmen, sollen sich mit dem Gedanken an den Staat, an die regierenden Parteien, die ihre Schleuderwirtschaft weiterbetreiben, trösten.

Daß die bürgerlichen Parteien diesen Gewaltstreich gegen die Beamtenchaft vollführen, ist nicht weiter erstaunlich. Erstaunlich ist nur, daß die tschechischen Sozialdemokraten sich dazu hergeben, ihnen dabei die Mauer zu machen. Das „Pravo Lidu“ bemüht sich auch, ihnen die „Begründung“ beizustellen. Es erzählt als Beispiel dafür, wie unabwendbar die Maßnahme der Abzüge der Beamten- und Lehrergehälter sei, daß im Olmüher Bezirk ein großes Eisenunternehmen gegen Ende des Krieges in finanzielle Schwierigkeiten geriet, sodaß es vor dem Untergang stand. Die Fabrik besaß kein Geld, Material zu kaufen, keines um die Löhne der Arbeiter zu bezahlen und auch sein Kredit war erschöpft. Durch die Schließung der Fabrik wären nicht nur die kapitalistischen Besitzer des Unternehmens geschädigt worden, es hätten auch über tausend Arbeiter Arbeit und Lohn, das ist die Existenzmöglichkeit, verloren. Die Direktion berief daher die Arbeiter, erklärte ihnen die Lage des Betriebes unter Vorlage der Geschäftsbücher und bat sie: helft uns, die Fabrik zu schützen, arbeitet mehr und fordert nicht die vollen Löhne! Die Arbeiter berieten unter sich, erwogen alles und nahmen schließlich den Antrag der Direktion an, wodurch sie die Aufrechterhaltung des Betriebes der Fabrik ermöglichten. Die Auffassung, daß dieses Verhalten der Arbeiter richtig war, so meint das „Pravo Lidu“, sei bestimmend gewesen bei der Entscheidung jener Abgeordneten, die, als es sich um die Frage der Verkürzung der Beamten- und Lehrergehälter handelte, dafür stimmten. Ist es schon im höchsten Grade erstaunlich, daß ein sozialistisches Blatt

ein solches Beispiel wählt, so verblüfft es geradezu, daß das „Pravo Lidu“ dieses Beispiel auf den Staat und auf die Staatswirtschaft anwendet. Niemand wird den Beamten und Lehrern, wie überhaupt den Deffentlichkeit begrifflich machen können, daß wirklich kein anderer Ausweg besteht, daß es in erster Linie gerade diese schlechtbezahlten Schichten der Bevölkerung sein müssen, die durch Engherzschneuren des Hungerriemens den Staat zu retten berufen sein sollen.

Wird aber der Zweck, der bei der Kürzung der Beamten- und Lehrergehälter vorgebildet wird: die Sanierung der Staatsfinanzen, überhaupt erreicht? Das Gesamtersparnis, das man durch diese Maßregel erzielt, wird auf 180 Millionen Kronen jährlich geschätzt. Da das Defizit aber 900 Millionen Kronen beträgt, so bleibt noch immer der ungeheure Abgang von über 700 Millionen Kronen im Haushalt des Staates, sodaß die Notwendigkeit zu seiner Bedeckung andere Quellen zu erschließen, nicht gebannt wird. Das Ausland, so folgert das „Pravo Lidu“, soll sehen, „daß bei uns der Wille zur Ordnung und Sparsamkeit besteht, da es uns sonst keinen Kredit gewährt“. Aber auch im Ausland versteht man zu rechnen und da die ganze Maßnahme so blutwenig zur Herstellung des Gleichgewichtes unserer Staatsfinanzen beiträgt, kann niemand glauben, daß auch nachher die Bereitwilligkeit der ausländischen Kapitalisten zur Bereitstellung von Krediten größer geworden sein wird.

Die Botschaft von dem Gehaltsabzug wird bei allen Betroffenen schmerzliche Enttäuschung und tiefe Verbitterung wecken. Die Regierungsparteien rechnen auf die Zersplitterung der Beamtenorganisationen, von der sie glauben, daß sie die Beamten gegenüber diesem Anschlag wehrlos macht. Sind die Beamten und Lehrer aber wirklich wehrlos? Zur Stärkung des Pflichtgefühls und zur Hebung der Arbeitsfreudigkeit der Beamtenchaft wird die Tat der Regierungsparteien jedenfalls nicht beitragen. Und den Schaden, der so gestiftet wird, wird die angeführte des Riesendefizits geringe Ersparnis nicht aufwiegen.

Jagow und Genossen.

Von Hermann Wendel.

Alles, was recht ist, aber die preußischen Junker galten als Kerle, die Murr in den Knochen und Haare auf den Zähnen hatten. So ein neudeutscher Bürger war ja nur ein Schwamm, nachgebend, wo immer man ihn preßte, aber Ostiens stolze Herrenstraße stand fest und sicher in ihren Röhrenstiefeln und nahm es mit Gott und dem Teufel und der Welt auf. Freilich verblich ihr Glorionschein am neunten November ein wenig, denn von allen, die sich in ruhigen Zeiten als „Seiner Majestät Trarier“ rasselnd gerühmt hatten, die noch acht Tage vor dem Zusammenbruch im Herrenhaus „allezeit als Schutzwehr vor dem Thron“ zu stehen bekräftigten, von ihnen allen fand es jeder, aber auch jeder beförmlicher, in der Republik zu leben, statt für die Monarchie zu sterben. Zum zweiten Mal enttäuschten die Reden Iobesam beim Rapp-Putsch, denn nach seinem ruhmlosen Ausgang verkrümelten sie sich über die Grenze, wurden plötzlich schwach auf der Brust, befürchteten Gesundheitsstörungen von der Luft in der Unternehmungshaus, wollten sich dann stellen, bettelten um freies Geleit, stellten sich dennoch nicht und hungern noch heute, die rechten „Schrorer und Verschörer“, im Ausland herum. Aber die man schließlich nach zwanzig langen Monden mit Ach und Krach vors Gericht schleppte, die wenigsten stehen mannhaft zu ihren Taten.

Es sind ja nicht die ersten besten, die in Leipzig die Anklagebank zieren. Der Schiele ist zwar nur ein kleiner Pintscher, der klaffend neben den Ereignissen herspringt, aber ein v. Wangenheim und ein v. Jagow lassen anderes erwarten als ein braver Lehmann oder ein biederer Meier. Die Wagenheims sind ein altes thüringisches Geschlecht, dessen bekanntester und begabtester Sproß, der Freiherr Karl August, im Vormärz als württembergischer Minister und Bundesstagsgesandter, ein Vorläufer Steiners, für eine Art mystischer „Dreigliederung“ in der inneren und äußeren Politik schwärmte. Die Jagows gar waren schon ein paar Jahrhunderte vor den Hohenzollern, dem „Land von Nürnberg“, wie die Junker sie verhöhnerten, in der Mark sesshaft, und auf vielen Seiten der brandenburgisch-preussischen Geschichte begegnet man ihren Namen. Ein Jagow ritt, in den Tagen der Quijots, in dem adligen Raubgesindel mit und half Bürger und Bauern weiblich „auspochen“; ein Jagow gab, mit Bestanden reich gesegneter Bischöfe von Brandenburg, den Helfershelfer Joachims II. bei der denkwürdigen Plünderung der Kirchengüter ab; ein Jagow focht als General in der unglücklichen Schlacht bei Ligny in der Nachhut; ein Jagow rief als Minister des Innern am Ende der „Neuen Ära“ die unterstellten Beamten zu ungeschwehelter Wahlmache gegen die Fortschrittler auf. Solche Ähnen verpflichten!

Als der alte Liebkecht, vor dem gleichen Reichsgericht des Hofverrats angeklagt, nach seiner Rolle im Jahre 1848 gefragt wurde, antwortete er freimütig: „Es handelte sich um die Erkämpfung der deutschen Republik, der Moment schien mir günstig — ich wäre in meinen eigenen Augen ein Feigling oder ein Verräter gewesen, hätte ich anders gehandelt!“ Von einem Bürgerlichen, dazu einem Zeitungsschreiber, obendrein einem Sozialdemokraten, lassen sich zwei erlesene Blaublütige nicht beschämen; auch die Jagow und Wangenheim erklären forsch und frei vor ihren Richtern: Es ging um die Erkämpfung der Monarchie, der Augenblick schien uns günstig — Feiglinge und Verräter, wenn wir nicht zugepacht hätten! Aber oh der bitteren Enttäuschung! Niemand standen politische Verbrecher fleingläubiger, verlegener, gekuschter, stammelnder, schulbüßischer, konfirmandenhafter vor den Schranken als diese Seldes aus der Gefolgschaft Rapps. Umsturz? Verfassungsbruch? Hochverrat? Aber keine Ahnung! Die Brigade Ehardt marschierte in jener Märznacht mit Maschinengewehren, Geschützen, Flammwerfern und schwarz-weiß-roten Fahnen nur deshalb gen Berlin, um — selbstverständlich nur, um die Weimarer Verfassung zu schützen! Weil sie die schände Mikachung der konstitutionellen Grundlagen der Republik durch die Ebert und Hermann Müller nicht länger mehr ertragen, deshalb unternahmen die Lüttwigs und Bawes und Konsorten einen „militärischen Demonstrationzug“; kopflos die Regierung, die in Verkennung der Sachlage

von bannen floh, statt sich über den verfassungstreuen Eifer der Freikorps zu freuen! Nachdem sich aber Kapp im Besitz der tatsächlichen Gewalt befand, war es natürlich einfach Ehrenpflicht, sich ihm zur Verfügung zu stellen"; mit der querulanten Beharrlichkeit eines Betrunknen kommt der Jagow immer wieder darauf zurück, daß er als alter Beamter verpflichtet gewesen sei, ein Amt zu übernehmen, und der Wangenheim hat sich überhaupt nur in die Bresche geworfen, um die Volksernährung zu sichern; hoch klingt das Lied vom braven Mann! Den Jagow kimmerte nach seiner Aussage die Reichsregierung nicht, und den Wangenheim gingen nach seiner Erklärung die politischen Dinge nichts an. Als der Jagow am 13. März um sechs Uhr früh am Brandenburger Tor die Stahlhelme anziehen sah, vermutete er sofort, "daß ein legales Unternehmen im Gange" sei, und der Wangenheim schloß scharfsinnig, daß die einmarschierenden Baltikum-Truppen der "großen Koalition" den Weg ebnen sollten; befragt, ob er sich über die strafrechtliche Seite des Kapp-Unternehmens keine Gedanken gemacht habe, erwidert der alte Herr treuherzig: Niemand! Für wie dumm müssen sie die roten Talare sich gegenüber halten oder von welchen Heugehirnen muß das deutsche Volk in der guten, der wilhelminischen Zeit geführt und regiert worden sein! Rehnlich steht es mit den Zeugen aus dem Umkreis der Butschisten, die nur ein sehr weitherzig angelegener Amnestierlaß davor beharrt hat, auf der Anklagebank statt am Zeugenstand zu erscheinen: sie wissen nichts, sie erinnern sich nicht mehr, sie erklären ganz unverfänglich; die Verfassung nur anzutippen, sag jedem fern, und wären da nicht gewisse sehr laut sprechende Briefe, Tagebücher und andere Schriftstücke, man könnte glauben, den Kapp-Butsch nur geträumt zu haben.

Aus den Bekundungen der Angeklagten und Zeugen fest sich bei aller Zurückhaltung immerhin wie aus Rosafleischen ein buntes Bild von den Vorgängen im Nervenzentrum des Butsches zusammen. Das freilich ist höchst erbäulich. Nach den Thrasen der kühnen Staatsstreicher erstrebten sie eine Regierung der "größten Reinlichkeit", und ihr Presseschef war jener Rechtsanwält Brederod, mit dem der Staatsanwalt schon wegen unsauberer Gesinnung ein Hühnchen gepflückt hatte; auf ihrem Programm stand Beseitigung der Vetterwirtschaft, und im Vorzimmer Kapps drängten sich die Aemter- und Stellenjäger; als Lösung wurde ausgegeben: kein Disziplinismus mehr! Nachmänner, und Kapitän Ehrhardt bekam den peinlichen Eindruck, daß keiner der neuen Herren in der Reichslanslei wisse, was er wolle, und niemand arbeite, und den Zeugen Ludendorff schüttelt es noch heute in der Erinnerung an die "Nabennetzstellungen" der "Regierung" Kapps: "Alles sprach durcheinander und aneinander vorbei"; man wollte die rechten Männer an die rechten Stellen bringen, und nach den ersten Mißerfolgen verlor alles gründlich die Nerven; Herat sah den Haudeggen Lüttwitz totenblau werden, als er von der schwankenden Haltung der Reichswehr erfuhr, und Jagow fand am 17. März den Oberst Bauer zitternd und bebend, so daß er kein Wort mehr hervorbrachte, auch Kapp in keineswegs imponierendem Zustande, und den Hauptmann Pabst völlig zusammengebrochen. Diese Bilder deiner Selben häng dir, schwarz-weiß-roter Spießbürger, über das Familiensofa!

Aber so sehr die Lüttwitz und Kapp, die Jagow und Wangenheim und ihre Handlanger mit ihrem Durcheinander und ihrer Zerfahrenheit und Ratlosigkeit auch das gute Wort Cavours zusehender machten, daß mit dem Belagerungszustand jeder Esel regieren könne, mit einem Heiterkeitserfolg kommt die böse Märzkomödie, die sich jetzt vor dem Reichsgericht noch einmal abrollt, zu billig fort. Die Harmlosigkeit dieser Vaterlandsreiter riecht nach Blut. Nicht nur Lüttwitz drohte im Fall seiner Verhaftung bössartig alles kurz und klein zu schlagen und sich einfach auf der Reichsbank Geld zu holen, so daß neben diesen bedenkenlosen Gewaltmenschen die kommunistischen Hundschur-Bolschewiker fast in der öffentlichen Achtung seigen, sondern auch Kapp wurde nur durch der Sterne ungünstigen Stand gehindert, die ganze Gemeingefährlichkeit seines Unternehmens zu entfalten. Unter seinesgleichen galt er, wie ein angefangenes Schreiben verrät, als "der Mann, jeden, der seinen Befehlen nicht nachkommt, an die Wand zu stellen"; er war auch entschlossen, sich wie Franz Moor nicht mit Kleinigkeiten abzugeben; "das Leben von Hunderttausenden spielt keine Rolle", verkündet so nebenbei einer seiner Briefe, und in einem andern Bischof von seiner freien Hand wird gesagt, daß es darum ging, "die Herrschaft der Journalisten, Gewerkschaftler und das jüdische Regiment abzuschütteln, wie das in Ungarn geschehen ist"; das vom Scheitel zur Sohle mit Blut besudelte Verbrechen- und Pogromisten-Regime eines Horth war diesen trüben Kavaliern ausgesprochenes Vorbild. Und bald vor, bald hinter, aber meist hinter den Kulissen zeigte sich Zustimmung nickend, Händedrucke austauschend Beifall lächelnd der Mann, der als Deutschlands böser Geist im Bewußtsein der Nation weiterleben wird, der geheimnisvolle "Diktator V." der "Nationalen Vereinigung", von dem einer der beredten Briefe vermeldet daß sein Einfluß ausschlaggebend sei, und daß in einem andern Schreiben von einem der

Spießgesellen beschworen wird: "Ev. Exzellenz haben mitgearbeitet. In Ev. Exzellenz Hand liegt es, was getan werden soll. Was sollen die braven Truppen sagen, wenn nun nach allem nichts geschieht! Ich „nach allem“ für Exzellenz Ludendorff als für einen ausgewählten Hochverräter auf der Anklagebank kein Platz?"

Doch fast erscheint es als gleichgültig, wer noch auf die Anklagebank kommt und wie die Jagow und die Wangenheim die Anklagebank verlassen, dachte man nicht der rasch, graumant und in Hausen abgeurteilten Butschisten von links. Denn das Reichsgericht ist ein sehr fragwürdiger Schutzwall der neuen Ordnung. Einzig die Massen, die damals die Republik herausgehauen haben, sind imstande, einem neuen Handstreich das Schicksal des ersten zu bereiten, und hoffentlich wird die in Leipzig dargelegte, richtig abschätzende Ansicht des Generals von Seekt über die Nachmittel der Arbeiterschaft unter seinen Standes- und Gesinnungsgenossen Gemeinart. Aber in diesem Zusammenhang drängt sich der Erinnerung ein schon vergessenes Dokument aus den Kapp-

tagen auf, das allerdings vor den Reichsrichtern nicht verlesen wurde. Am 18. März 1920 sahen die Vertreter der Gewerkschaften wie der Beamten- und Angestelltenverbände mit den Wortführern der Regierungsparteien Stunden um Stunden, eine ganze Nacht durch, beratend beieinander, und schließlich einigten sich alle auf eine Befragung der am Butsch Schuldigen und der Beamten, die sich ungesetlichen Regierungen zur Verfügung gestellt hatten, auf eine gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltung von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, auf schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage, auf sofortigen Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze sowie auf den raschen Beginn der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige und die Uebernahme des Kohlen- und Kalisyndikats durch das Reich. Von all dem ist heute gerade soviel erreicht, daß drei der Hauptschuldigen vor wahrscheinlich sehr milden Richtern stehen. Und wir schreiben Dezember 1921. O Deutschland! O Republik! "Die Glocke".

Von den Deutschbürgerlichen sprach der christlichsoziale Abgeordnete Schäfers, für den deutschsozialdemokratischen Klub noch Abgeordnete Kirpal,

die feststellt, daß die Lohnleihe statt der Milliarden 26 Millionen (!) getragen hat. Die Regierung hat trotz der riesigen Wohnungsnot die Bauansuchen zu wenig gefördert und die Besitzklassen verschließen ihre Taschen, weil der Wohnungsbau und seine Förderung für sie ein unrentables Geschäft ist, die Banken weigern sich, die Gelder vorzutun. Der Berichterstatter erklärte, daß man die Banken zwingen werde, Geld herzugeben, wenn sie es nicht freiwillig tun. Wir wollen aber nicht warten, bis Banken und Unternehmer verlagert haben, sondern wir verlangen, daß sobald wie möglich ein Gesetz herausgegeben werde, durch welches das Kapital gezwungen wird, sich am Wohnungsbau aktiv zu beteiligen.

Nach dem christl. soz. Abg. Böhr sprach der Minister für soziale Fürsorge Habermann, der erklärte, daß neben dem Gesetz, über welches das Parlament eben verhandelt, auch ein Regierungsantrag über den Mieterschutz vorliegt und das gleichzeitig über ein Gesetz betreffend die außerordentlichen Vorkahrungen gegen die Wohnungsnot verhandelt wird. Das Baugesetz vom 11. März 1921 hat zwar nicht die erhofften Erwartungen erfüllt, hat aber klar erwiesen, daß sein Gedanke der Unterstützungsart auch des privaten Unternehmens glücklich war und daß unter besseren Bedingungen besonders auf dem Geldmarkt, seine Forderung erfüllt worden wäre. Die Kreditanstalten, von denen der Gesetzgeber eine ausreichende Hilfe erwartete, konnten nicht in dieser Richtung organisiert werden. Dagegen haben die Geldinstitute, besonders die Sparkassen und Vorschußkassen, oft nach weitest möglicher Möglichkeit die Baubewegung unterstützt. Es läßt sich aber nicht verleugnen, daß einige Geldinstitute nicht so handelten. Die Institute haben keinen Grund zum Mißtrauen.

Nach den Schlussworten erfolgte die Abstimmung. Alle Anträge der deutschen Sozialdemokraten wurden von den Mehrheitsparteien einzeln niedergestimmt. Der § 17 lag im Bericht in einer Fassung vor, die dem Änderungsantrag unserer Genossen entsprach. Es wurden dann einige Gesetze in zweiter Lesung angenommen und die Sitzung um 9 Uhr geschlossen.

Aus dem Budgetausschuß.

In der gestrigen Sitzung beantragte Vinobec, daß der Entwurf über die Bautätigkeit sofort zur Verhandlung komme, da er befristet sei, der Budgetausschuß die finanzielle Seite zu behandeln hätte, nachdem bereits die sachliche Seite im Verkehrs-ausschuß behandelt wurde. Der Antrag wurde genehmigt. Genosse Taub erklärte, daß der Budgetausschuß jedem anderen Ausschuß koordiniert ist und ebenso sachlichen Inhalt der Gesetze zu behandeln hat wie den finanziellen. Wir werden im Budgetausschuß keine Anträge mehr einbringen, sondern behalten uns unsere Stellungnahme für das Haus vor. — Nach einer kurzen Spezialdebatte wurde das Gesetz angenommen.

Senat.

In der gestrigen Sitzung des Senats wurde das Budget und das Finanzgesetz für das Jahr 1922 auch in zweiter Lesung genehmigt und damit endgültig verabschiedet. Gleichzeitig wurden alle in dem Berichte des Budgetausschusses enthaltenen Resolutionen angenommen. Die übrigen im Laufe der Budgetdebatte überreichten Resolutionen wurden teils abgelehnt, teils den zugehörigen Ausschüssen zugewiesen. Angenommen wurde u. a. auch eine Resolution des Dr. Braber, dahingehend, daß in dem Posten des Ministeriums des Äußern betreffend die Förderung der internationalen Friedensaktionen u. zw. in dem Pauschale für Einrichtungen, welche aus den Friedensverträgen erwachsen, auch eine Summe im Mindestbetrage von 250.000 K referiert werde zur Deckung der Auslagen, die aus der Tagung des internationalen Kongresses der Vereinigung für den Völkerverbund in Prag erwachsen, welche nach Beschluß des Genfer Kongresses anfangs Juni 1922 hier stattfinden soll. Dieser Betrag soll gegen nachträgliche Verrechnung der tschechoslowakischen Vereinigung des Verbandes für den Völkerverbund bei der staatswissenschaftlichen Gesellschaft in Prag zur Auszahlung gelangen.

Weiter wurde die Regierungsvorlage genehmigt, gemäß welcher den Ärzten die während des Krieges im Militärdienst absolvierten Dienstjahre in ihre Ziviltätigkeit eingerechnet werden.

Zum Schlusse genehmigt der Senat auch die Regierungsvorlage, betreffend die teilweise Änderung des Gesetzes über die Kundmachung der Gesetze und Verordnungen. Bisher war ausschließlich der tschechische Text der Gesetze und Verordnungen, wie sie in der Sammlung veröffentlicht werden, als authentisch zu betrachten. Da nun die Sprachenverordnung, die tschechische

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Präsident Tomasek eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 30 Min. Abg. Josef Psenicka, der Ersatzmann des Abg. Drobny (sch. Nat.-Soz.), der seines Mandates verlustig erklärt wurde, leistete das Gelöbniß in die Hand des Präsidenten.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete der Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über den Antrag des Abg. Veco, Vinovec, Dubichy und Gen. betreffend die Verlängerung der Beschränkung des Ueberfiedlungsrechtes. Das Gesetz wurde in erster und zweiter Lesung mit den Stimmen der Mehrheitsparteien angenommen.

Für den Rechts- und Verfassungsausschuß berichtete Abg. Dr. Rofel über die Regierungsvorlage betreffend die Pflicht zur Rückstellung beweglicher Sachen an fremde Staaten. Rofel führte aus, daß sich diese Rückstellungspflicht aus der internationalen Verpflichtung der Friedensbedingungen sich ergibt, machte aber auf den § 1 des Gesetzes aufmerksam, wonach der Republik diese Verpflichtung nur dann erwächst, wenn der dazu berechtigte Staat, in diesem Falle Frankreich, eine tatsächliche Rückforderung erhebt. In ähnlichem Sinne äußerte sich der zweite Berichterstatter Abg. Gerstl, der das Gesetz schon mit Rücksicht darauf empfiehlt, daß gegenüber Magyaren von der tschechoslowakischen Regierung die Erfüllung einer solchen Verpflichtung gefordert wird.

Abg. Dr. Raska (d. dem. Frp.) hegt gegen den Gesetzentwurf schwere volkswirtschaftliche Bedenken. Der vorliegende Gesetzentwurf gehört in jene heisse Gruppe von Vorlagen, die stets der Vorantktion einer der "Peitas" bedürfen. Es ist unverständlich, daß der Gesetzgeber sich selber Verpflichtungen auferlegt, die für ihn in den Friedensverträgen nicht enthalten sind. Abg. Raska stellt einen Änderungsantrag, daß im § 1 des Gesetzentwurfes jede Beziehung auf die Friedensverträge zugelassen werde.

Abg. Palme:

Die Wegnahme der Maschinen hatte eine bedeutende Störung in der Textilindustrie zur Folge. Die Arbeiterentlassung droht dadurch noch erhöht zu werden. Vom Standpunkte unserer Partei müssen wir die widerrechtliche Wegnahme der Maschinen verurteilen. Die Regierung wird ersucht, einen anderen Weg zu wählen, als die Maschinen Frankreich wieder zurückzugeben. Vielleicht wird den ursprünglichen Besitzern eine andere Entschädigung als die Rückgabe in natura vorteilhaft scheinen. Uebrigens sind die Maschinen einwandfrei von einem anderen Staate eingelaufen worden und auf Grund des bürgerlichen Gesetzbuches hat die Republik ein unbefristetes Eigentumsrecht auf sie. Mit dem französischen Eigentümer gibt es keine wie immer gearteten Vereinbarungen. Auch existiert für solche Fälle kein Expropriationsgesetz. Vielleicht findet die Regierung doch einen Weg, der unsere Arbeiter vor Arbeitslosigkeit schützt und den Eigentümern vollkommen Rechnung trägt.

Nach den Schlussworten der beiden Referenten wurden die Vorlage und die diesbezüglichen Resolutionsanträge gemäß dem Ausschussbericht von den Mehrheitsparteien angenommen.

Darauf erstattete Abg. Bartoschek den Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses über die Forderung der Advolatenordnung. Der Berichterstatter brachte namens des Rechts- und Verfassungsausschusses einige Änderungen des Gesetzes gegenüber dem Senatsbeschlusse vor. Das Gesetz wurde mit zwei Änderungsanträgen des Abg. Raska angenommen.

Ueber die Regierungsvorlage betreffs der Auszahlung des Teuerungszuschlages zu den Renten der Kriegsschädigten berichteten die Abg. Novak und Kasl. Ein Antrag Uhl wurde abgelehnt.

Zur Regierungsvorlage über die Verlängerung des Gesetzes vom August 1921 über die Arbeitslosenunterstützung (Berichterstatter Taverle) sprach Abg. Jung und

Abg. Hausmann:

Der Referent hat auf die Mängel des gestellten Arbeitslosengesetzes hingewiesen. Aber statt bei der Verlängerung der Wirksamkeit dieses Gesetzes gleichzeitig und die notwendigen Verbesserungen anzubringen, hat man uns auf einen späteren Zeitpunkt vertröstet. Das Stammgesetz vom 10. Dezember 1918 war nicht das schlechteste. Es wurde aber nicht entsprechend ausgebaut, sondern verschlechtert, das erstemal durch das Gesetz vom Dezember 1919. Seit dieser Zeit wurden soviel Erlasse und Verordnungen herausgegeben, daß sich niemand mehr zurechtfindet. Die Arbeitslosenunterstützung wird in gewissen Kreisen nicht als eine Pflicht des Staates, sondern als eine Gnade angesehen. Es zeigt sich geradezu die Absicht, die Erreichung der Arbeitslosenunterstützung zu erschweren. Als wir feinerzeit für das Gesetz stimmten, glaubten wir, daß die Regierung sobald wie möglich die im § 19 des Gesetzes vorgesehene Verordnung herausgeben wird, welche die Stellung der Saisonarbeiter regeln soll. Wir warten aber bis heute darauf vergeblich. Durch das Veräumnis wird tausenden Arbeitern die Unterstützung entzogen, die sie bisher bezogen. — Hierauf wurde die Sitzung unterbrochen.

Um halb sieben Uhr wurde die zweite Sitzung eröffnet. Die Verhandlung über den zuletzt vorgebrachten Gesetzentwurf wurde auf eine der nächsten Sitzungen verschoben, in welcher der Antrag des Abg. Tazerle und Gen. auf eine neuerliche Aenderung der Arbeitslosenunterstützungen vorgelegt werden wird.

Ueber den Antrag des Abg. Vinovec und Gen. betreffend die Verlängerung der Wirksamkeit des Gesetzes über die Baubewegung berichtet für den verkehrstechnischen Ausschuß Abg. Ing. Veco, für den sozialpolitischen Ausschuß Abg. Dubichy und für den Budgetausschuß Abg. Vinovec. Zu dem mit geringfügigen Änderungen versehenen neuen Gesetz sprach zunächst

Abg. Schuster:

Vom Ministerium für soziale Fürsorge sind bisher rund 10.000 Kaufänderungsanfragen erledigt worden, aber nur etwa ein Drittel der Bauwerber sind wirklich zum Bauen gekommen. Die Bautätigkeit, die bisher entfaltet wurde, umfaßt dabei nur Wohnhäuser aller kleinste Stils und der Kreis der Personen, die bislang von der Bautätigkeit erfasst wurden, ist verhältnismäßig sehr klein. Die private Bautätigkeit ruht im übrigen vollkommen, die jetzige Art der Bauförderung reicht nicht einmal aus, die laufenden Wohnungsbedürfnisse zu befriedigen, geschweige denn das Massenelend in der Wohnungsfrage einigermaßen zu beseitigen. Der kühne Traum von der Milliarden, welche die Wohnbauleihe bringen sollte, hat sich nicht erfüllt, die Summe die von dieser Anleihe wirklich dem Zwecke der Bauförderung zuzuführen wird, wird ein Almosen sein. Die Staatsbeamten, für deren Wohnbedürfnisse man 150 Millionen von dieser Milliarden verwenden sollte, werden noch jahrelang warten müssen, bis ihre Forderungen befriedigt werden. Auch das Mittel der staatlichen Garantie bei der Gewährung von Baukrediten hat versagt, das Gesetz hat selbst die beschränkten Erwartungen, die man daran knüpfte, nicht erfüllt. Die Art und Weise, wie es gehandhabt wird, fordert zur schärfsten Kritik heraus, auch hier macht man nationale Unterschiede. Unsere Beschränkungen hinsichtlich der Lohnschießgerichte, gegen die wir von Anfang an Einspruch erhoben, haben sich als berechtigt gezeigt. Wir haben zu dem neuen Gesetze, das gegenüber dem alten nur unwesentliche Verbesserungen bringt, eine Reihe von Resolutionsanträgen eingebracht, von denen einer im sozialpolitischen Ausschusse ausnahmsweise angenommen wurde. Wir werden für die Vorlage stimmen, um sie als Werkzeug zu benutzen, mit dem wir dem furchtbaren Wohnungselend einigermaßen begegnen können.

Sprache auf die gleiche Stufe mit der tschechischen stellt, war es nötig, das Gesetz dahin abzuändern, daß auch der slowakische Text als authentisch anerkannt werde. Es werden also in Zukunft in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen tschechische und slowakische Texte abwechseln, je nachdem, für welchen Text sich die Nationalversammlung entschied, oder in welchem Texte die Regierung die Staatsverträge kundmacht, oder in welchem Texte die staatlichen Zentralen oder die Landesämter ihre Verordnungen erlassen. Neben der deutschen Uebersetzung wird, soweit möglich, immer gleichzeitig mit dem Originaltexte in der Sammlung auch eine amtliche Uebersetzung in magyarischer und polnischer Sprache kundgemacht werden, eventuell ein Text in der Sprache, für welche sich Karpathorugland entscheidet.

Nach einer windigen Begründung des Berichterstatters Senator Lufes wurde die kuriose Regierungsvorlage genehmigt.
Nächste Sitzung heute, Dienstag, um 3 Uhr.

Obmännerkonferenz des Senats. In der gestrigen Obmännerkonferenz stellte Genosse Dr. Heller den Antrag, die Vorlage betreffend die Notaushilfe der Beamten und Lehrer auch dem Verfassungsausschusse zuzuweisen, weil gegen den Inhalt dieser Vorlage und insbesondere gegen die Bestimmung des § 9 ernsthafte verfassungsrechtliche Bedenken bestehen. Dieser Paragraph gibt nämlich der Regierung das Recht, Gesetzeränderungen im Verordnungswege durchzuführen, was der Verfassung widerspricht. Dem Antrag des Genossen Dr. Heller schlossen sich die Vertreter aller Parteien an, welche auch die geäußerten Bedenken teilten. Der Ministerpräsident widersprach zwar diesem Antrag. Dem Antrag wird aber Rechnung getragen werden.

Das Attentat gegen die öffentlichen Angestellten.

Der niederträchtige Streich gegen die öffentlichen Angestellten, welcher von den Regierungsparteien in der Parlamentsitzung am Samstag früh verübt wurde, veranlaßte die Gewerkschaftsverbände der Eisenbahner, öffentlichen Angestellten und Postler am Sonntag den 18. ds. zu einer außerordentlichen Konferenz zusammenzutreten, an welcher auch Vertreter der Zentralgewerkschaftskommission und der Privatangestelltenverbände teilnahmen. Die Konferenz beschloß einstimmig den nachfolgenden

Aufruf

an alle öffentlichen Angestellten zu erlassen:
Eisenbahner, Postler, Lehrer, Staats-, Landes-, Bezirks- und Gemeindebeamte und Angestellte aller Kategorien und Zweige!
Die Regierungsparteien haben ein schändliches Attentat gegen eure Existenz verübt. In der Nachsitzung des Parlaments von Freitag auf Samstag wurden trotz des heftigsten Widerstandes der oppositionellen Parteien zwei Gesetze durchgepeitscht, die nicht mehr und nicht weniger bedeuten, als daß die Erwerbseinkünfte der öffentlichen Angestellten in wenigen Stunden vernichtet gemacht wurden. Die Bezüge der Staatsangestellten wurden reduziert, die Gleichstellung der Lehrer mit den Staatsangestellten beseitigt, die Bezüge der Gemeinde- und Bezirksangestellten, die ihnen erst vor wenigen Monaten gefällig zugestanden worden

Fenilleton.

„Das Christelflein“
von Hans Pfitzner.

Erstaufführung im Neuen deutschen Theater am 17. Dezember 1921.

Sollen wir unserer Theaterdirektion für diesen Pfitzner danken oder nicht? Mit dem „armen Heinrich“ oder der Wiedererweckung der „Rosa vom Liebesgarten“ wäre uns sicher ein größerer Gefallen erwiesen worden, wenn schon die Aufführung des „Palstrina“-Mysteriums aus vielerlei verständlichen Gründen unmöglich war. Denn das „Christelflein“ ist gerade keine der neuen Schöpfungen dieses hochbedeutenden deutschen Tondichters. Wir haben Pfitzner erst kürzlich in einem „Meisterabend“ der Prager Konzertsdirektion in einer genug bunten Reihe von Liedern als vielseitigen Lyriker näher kennen gelernt. Und merkwürdig, was seinen Liedern fehlt, fehlt auch seinem „Christelflein“: Unmittelbare musikalische Erfindung und Empfindung. Pfitzner ist mehr Dämon und Verstandesmusiker als der mit dem leichtschreibenden Tondichter. Selbst im leichtschwingigen Dreiviertelmaß-Rhythmus des

waren, wurden ihnen wieder aberkannt. Nachdem wochenlang die ganze Deffentlichkeit durch die widersprechendsten Meldungen irreführt und hingehalten worden war, wurde am Donnerstag das Parlament durch die plötzliche Einbringung dieser Gesetzesvorlagen überrumpelt, am Freitag die Ausschuhverhandlungen durchgeführt und in der Nacht von Freitag auf Samstag trotz heftigster Opposition die Abstimmung beendet. Das Parlament hat gezeigt, daß es auch schnell zu arbeiten versteht, wenn es gilt, die Rechte der Angestellten zu schmälern. In einer Zeit, wo nachweisbar eine neue Teuerungswelle auftritt, und die Arbeiter und Privatangestellten sich wehren mußten, beginnt der Staat damit, diese Ungeheuerlichkeit an seinen Angestellten zu begehen. Als Weihnachtsgeschenk wird den öffentlichen Angestellten eine Schmälerung ihrer Bezüge beschert, die Tausende Familien in Not und Sorge stürzen wird.

Angestellte!
Auf den Gewaltstreich der Regierung werden wir am Donnerstag, den 22. d. antworten!

Die unterzeichneten Verbände haben für diesen Tag

Massenkundgebungen der öffentlichen Angestellten

in allen größeren Städten einberufen. Wir rufen Euch auf, für die stärkste Beteiligung an diesen Versammlungen zu sorgen und die regste Verarbeitung zu begreifen. Der Regierung muß gezeigt werden, daß wir nicht gewillt sind, diesen neuerlichen Schlag geduldig hinzunehmen.

Wir richten gleichzeitig an die tschechischen Gewerkschaftsorganisationen der öffentlichen Angestellten den Appell, ihre Mitgliedschaften zu gleichen Kundgebungen aufzurufen.

Versammlungen

- finden statt:
in Reichenberg, Referent Genosse Abg. Grünzner,
in Bodenbach, Referent Genosse Kögler,
in Auffig, Referent Genosse Abg. Beutel,
in Teplitz, Referent Genosse Abg. Sirsch,
in Karlsbad, Referent Genosse de Witte,
in Komotau, Referent Genosse Abg. Kaufmann,
in Eger, Referent Genosse Abg. Palme,
in Mähr.-Schönberg, Referent Genosse Abg. Häusler,
in Ragerndorf, Referent Genosse Seeger,
in Teichstätt, Referent Genosse Fischer.
In Trautenau findet die Versammlung am Mittwoch statt. Referent Genosse Schäfer.

Deffentliche Angestellte! Vereint euch zu machtvollen geschlossenen Kundgebungen! Lasset alle Sonderbestrebungen beiseite! Erscheint massenhaft in unseren Versammlungen, damit auch wir der Regierung unser Weihnachtsgeschenk darbringen!

Verband der Eisenbahner.
Verband der öffentlichen Angestellten.
Gewerkschaft der Postler.

Die Weihnachtsnummer des „Sozialdemokrat“ erscheint Sonntag den 25. Dezember früh.
Die nächste Nummer des „Sozialdemokrat“ erscheint Mittwoch den 28. Dezember früh.
Das Weihnachtsblatt des „Sozialdemokrat“ wird drei Tage ausliegen. Anzeigen für diese Nummer können nur bis Freitag 17. (5) Uhr entgegengenommen werden.

Tanzes bleibt er edig und von trockener Rückertheit. Darüber vermag auch die technische Gewandtheit seines ganz im Wagnerstil der „Meisterfinger“ geschriebenen Sages nicht hinwegzutäuschen, die uns wohl äußerlich überzeugen, aber niemals innerlich erwärmen kann. Um die Mühe und Arbeit jedenfalls ist schade, die Pfitzner an dieses „Christelflein“ verschwendete. Er wußte damit schließlich so wenig anzufangen wie wir als beobachtende Hörer. „Märchenoper“ trauete er sich das Werk in begreiflicher Weise nicht zu nennen, und Spieloper ist es so wenig wie ein Mysterium, das seiner tondichterischen Art am nächsten liegt. So bietet dieses „Christelflein“ ein hilfloses und unverständliches Konglomerat der unterschiedlichsten Stilrichtungen. Daß die dramatisch-düstere dabei überwiegt, ist entschieden kein Vorteil für das Werk nach seiner Bezeichnung und inhaltlichen Gestalt. Für Kinder ist es unbedingt nicht gemacht und geeignet, Erwachsene aber müssen sich an der kindischen und oft geradezu läppischen Handlung und Diktion des Textbuches stoßen; Spieloper ist es nur der äußeren Form durch den Dialog unterbrochener geschlossener Nummern und Ensemblestücke nach, und für ein symbolisches Mysterium fehlt das erstere philosophische Ideenverknüpfung. Und was sollen wir von dem herablassenden, unmotivierten großen Ballett des ersten Aktes anfangen? Diese Oper ist übrigens musikalisch bereits deutlich durch ihr Vorspiel gekennzeichnet, in dem die musikalischen Haupt-Themen und Motive stimmungsvorbereitend zusammengefaßt sind. Trüber, grau in grau gemalter Grundton, Imitation und Fugato zum Ueberdruße, reperlussionsmäßige Abgleitung der Themen und Motive bis zur Grenze erträglicher Unendlichkeit, ein Uebermaß in der Verwendung der Holzbläser, das die lethargische, düstere Stimmung noch verschärft. Der Pfitzners „Christelflein“ mit der Sumpe und dänischen Märchenoper „Hänsel und Gretel“ auf eine Linie bringen wollte, würde Humperdinck schwer unrecht tun. Dieses Meisters „Hänsel und Gretel“-Oper ist von Sonnenschein erfüllt, wie ihn das Märchen braucht, in ihr quillt und strömt es von Melodie und Wohlklang; Pfitzners „Christelflein“ aber entbehrt der leuchtenden Farben des Sonnenscheines und wird von einem zwar nicht dürftigen, aber dickflüssigen Melodienwaben gespeist, der sich mühsam quält, nicht zu versiegen. Die besten Stellen in Pfitzners „Christelflein“ sind die auf Ensemble- und Chorwirkungen fußenden, so der stimmungsschöne Schluß des ersten und die belebten Christbesungen des zweiten Aktes.

Inland.

Univeritätsprofessor Robert Mahr-Harting ist, wie uns ein Mitarbeiter leider zu spät aufmerksam macht, mit jenem Professor Mahr-Harting nicht identisch, welcher in Degeners „Wer ist?“ den Antisemitismus als seine Lieblingsbeschäftigung angibt. Letzterer heißt Rudolf und lebt in Wien. Da „Wer ist?“ vergriffen ist, verließen wir uns bei unserer Angabe auf die Information einer sonst glaubwürdigen Quelle. Selbstverständlich bedauern wir den irrtümlichen Angriff und ziehen ihn aus eigenem Antrieb zurück.

Der deutsche Lehrerbund wendet sich an die Deffentlichkeit mit einem Proteste, in dem er seiner Empörung Ausdruck gibt über den Rechtsbruch, welchen die tschechische Regierungsmehrheit trotz der Bestimmungen des Paritätengesetzes vom 23. Mai 1919 durch die Verkürzung der Aufschlagsbeiträge und Notaushilfen für die Lehrerschaft gegenüber jenen der Staatsbeamten begangen hat. Durch diese unsoziale Tat werden die Jahreseinkünfte der Lehrerschaft infolge der gleichzeitig beschlossenen Abzüge für die Pension und Einkommensteuer in einer Zeit stetig steigender Teuerung um Beträge bis zu 8000 Kronen verringert. Die wirtschaftliche Lage der Lehrerschaft kann einen derartigen Verlust nicht ertragen. Der Deutsche Lehrerbund ruft alle rechtlich Denkenden zum Widerstande auf gegen die Durchführung dieses auf einer Rechtsverletzung aufgebauten Gesetzes und erwartet insbesondere, daß ihm der Präsident der Republik seine Genehmigung versagen werde.

Eine Partei der Hausherren. Am Sonntag hat in den Weinbergen eine Versammlung stattgefunden, in der sich der Deffentlichkeit eine neue Partei vorstellte, nämlich eine Partei der Hausherren, welche, wie dort mitgeteilt wurde, bereits in einigen Orten Gruppen gegründet hat. Der hauptsächlichste Programmpunkt dieser Partei ist natürlich die Erhöhung der Mietzinse. Zur Durchsetzung dieser Forderung empfahlen einige Redner einen Streik der Hausherren. Der Vorsitzende der neuen Partei ist ein gewisser Dr. Habela.

Austritt der Gruppe Heidler aus der tschechischen nationalsozialistischen Partei. In der tschechischen nationalsozialistischen Partei bestand seit zwei Jahren ein oppositioneller Flügel, geführt vom Sekretär des Judenartells Dr. Gustav Heidler, der die Zeitschrift „Ceska Democracie“ herausgibt. Infolge der scharfen Differenzen, die sich mit der Zeit zwischen dieser oppositionellen Gruppe und der Leitung der Partei ergab, ist Dr. Heidler mit einigen seiner Getreuen nunmehr aus der Partei ausgetreten.

Der konfiskierte Parteitagserläß. Einen neuen Beitrag zur Zensurpraxis hat der Prager Zensur geliebert. Er konfiskierte ein großes Stück unseres Parteitagserläßes im Prager „Volkracht“, das in allen anderen Parteiblättern unkonfiskiert gelassen wurde. Wir sind begierig, Kunde dieser Konfiskation zu erfahren und doch begieriger zu erfahren, ob diese Konfiskation dem Preßgericht bestätigt wird. Jedenfalls ist diese Konfiskation ein Beitrag zur Demokratie in unserem Staate.

Ausland.

Der Wiederaufbau Frankreichs. Die deutschen und die französischen Gewerkschaften arbeiteten zusammen einen Plan aus, nach welchem die durch den Krieg zerstörten Gebiete Frankreichs wieder aufgebaut werden sollten. Die Regierung war anfangs einverstanden. Es ging zersetzte Dörfer des Bezirkes

Chaulnes sollten zunächst barankommen. Herr Loucheur verlangte nun, es war im Mai, daß die Bewohner der betreffenden Dörfer ihr Einverständnis bekannnt geben sollten. Die französische „Allgemeine Arbeitsgenossenschaft (C. G. T.) organisierte eine Befragung und 85 Prozent der Bewohner gaben ihre Zustimmung, ja auch andere Dorfschaften verlangten ähnliche Hilfe. Da begann den französischen Unternehmern Angst zu werden, daß ihnen fette Geschäfte entgehen könnten, und ihre Deputierten liefen bei Loucheur gegen den Plan Sturm. Loucheur verlangte nun statt einer von der C. G. T. eine amtl ich geleitete Abstimmung, auch wurden die Bewohner von den Präfecten in seinem Auftrag „aufgeklärt“, daß sie durch diesen Aufbau das Recht auf staatliche Unterstützung verlieren. Das Plebisz wurde in zwei Tagen improvisiert, trotzdem fiel der Plan mit nur 148 gegen 151 Stimmen durch. Die französischen Unternehmer haben, wenn auch mit nur drei Stimmen, gesiegt. Die Dörfler aber haben sich in die Nesseln gesetzt. Denn wenn auch der Herr Baumeister reicher Gewinn wartet, so werden die Bauern jedenfalls noch recht lang auf ihre neuen Häuser warten können.

Wahlschwindel mit Wittgottesdienst.

Ueber die Vorbereitungen zu den ungarischen Wahlschwindeln anlässlich der Debenerger Volksabstimmungs-Komödie berichtet der „Bester Lohd“:

(Meldung des Ung. Tel.-Korr.-Büro.) Heute früh viertel 8 Uhr haben in sämtlichen Kirchen Wittgottesdienste begonnen. Bei den Renediktinern, den Ursulinerinnen, in der Kirche zum heiligen Michael, bei den Evangelischen, in der Kirche der Reformierten, in familiären Kapellen und im jüdischen Tempel war schon morgens 7 Uhr kein Platz mehr leer. Die Gotteshäuser waren gedrängt voll mit den ungarntreuen begeisterten Sopronern. Greise und Kinder, Männer und Frauen wallfahrteien schon zeitlich früh in die Gotteshäuser. Die Wittgottesdienste wurden überall mit dem Absingen des Hymnus beendet. Nach dem Gottesdienste eilte alles tränenden Auges (!!), aber mit vollem Vertrauen an die Abstimmungsburnen.

Also ein förmlicher Gebetssturm der Wahlschwindler! Ueber's tun es die „erwachenden Christen“ in Ungarn nicht, sie schwindeln, lügen und morden, aber vorher entlasten sie ihr Gewissen durch fleißiges Beten. Die Horthybanditen wissen, was sie ihrer Frommgläubigkeit schuldig sind! ...

Die Deutschen Studenten in Prag.

Ein sozialistischer Student schreibt uns: Der Einfluß der wirtschaftlichen Lage auf die ganze Denk- und Handlungsweise der Intellektuellen sollte zum Gegenstand einer ausführlichen Untersuchung gemacht werden, die wertvolle Aufklärungen über den schmähtlichen Zusammenbruch der Intellektuellen im Weltkrieg bringen könnte. Hier soll nur der Versuch gemacht werden, diesen Einfluß auf die manchmal schwer zu verstehende Haltung der Prager deutschen Studenten nachzutreiben. Was dem unbefangenen Beobachter zunächst auffallen muß, ist die künstliche Wiederholung der schon oft vermoderten und verstaubten „alten Burschenherlichkeit“, die mit dem traurigen Alltagsleben des deutschen Hochschülers in schreiendstem Widerspruch steht. Da folgt ein Festkommers dem anderen, da werden frisch-fromm-fröhlich-freie Bestimmungsmensuren „gepaukt“, kurz, der ganze alte Kneipbetrieb ist wieder aufgenommen und all dies zu Nutz und Ehr des deutschen Volkes, das ein bischen erstaunt wäre, wenn es das Treiben

Die Aufführung des Wertes gereichte unserem deutschen Theater zur Ehre; musikalische und szenische Aufmachung waren gleich lobenswert. Ausgezeichnet war vor allem Frau Marie Gerhart als „Christelflein“; daß sie in ihrer Rolle auch schauspielerisch ganz aufging, mögen sich ihre Partnerinnen und Partner zum Beispiel nehmen. Ein reizendes Christkind war Frau Medler, ein tüchtiger, nur etwas gar zu viel auftragender Knecht Rupprecht Herr Sterned; auch Karl Ludwigs gute gefangliche Leistung als „Lannengreis“ sei hervorgehoben. In den übrigen und kleineren Rollen sind die Damen Diercks und Palsh sowie die Herren Behrer, Rober, Weit, Schönberg und Böring anerkannt zu nennen; nur verstanden haben wir diesmal niemanden, außer im Dialog. Die musikalische Leitung hatte Kapellmeister Dr. Faloweh, Regisseur war Herr Behrer. Ersterer hätte dem Orchester nie und da mehr dynamische Mäßigung auferlegen können; der Letztere hat uns in der, allerdings recht schwierigen, Christbesungen des zweiten Aktes besondere Regiekünfte nicht gezeigt. Die Oper war gut besucht, ihr Erfolg reich an unbefristetem Beifall — für die Darsteller. Edwiz Haag, 1921.

seiner künftigen Lehrer und Führer aus größerer Nähe beobachten könnte.

Die Ursachen dieser merkwürdigen Erscheinungen liegen nicht weit: Da der Arbeiterjugend der Weg zur Hochschule so gut wie völlig verrammelt ist und die deutsche Bourgeoisie zum größten Teile lukrativeren Beschäftigungen nachgeht, rekrutiert sich die Hörschaft größtenteils aus dem Kleinbürgertum. Diese Klasse, der „Mittelstand“ von einst, ist zwar durch den Krieg und seine Folgen pauperisiert, will sich aber noch immer nicht zum Proletariate bekennen und hält erbittert an den alten Schlagworten, die ihr Schicksal verschuldet haben, fest. Auch bei der heranwachsenden Generation ist der geistige Horizont durch ihre nationalitätschauvinistische Denkwiese bestimmt; wenn sie sich aber über die wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt Gedanken macht, so geschieht dies nur insofern, als jeder einzelne hofft, gerade er werde sich vermöge seiner besonderen Tüchtigkeit und Schlantheit zu besseren Verhältnissen aufschwingen. Dabei muß hervorgehoben werden, daß die wirtschaftliche Lage der Prager deutschen Studenten die denkbar schlechteste ist. Einige Daten mögen dies illustrieren:

	Wintersemester 1918	Sommersemester 1914
Studierende an der deutschen Universität	2189	1981
Zahl der Stipendisten	183	196
Summe der Stipendien in Kr.	72208	75773
Vom Kollegengeld ganz Befreite	770	785
in %	35%	39%
Vom Kollegengeld halb Befreite	147	95
	Wintersemester 1920	Sommersemester 1921
Studierende an der deutschen Universität	3703	3853
Zahl der Stipendisten	189	115
Summe der Stipendien in Kr.	54941	75670
Vom Kollegengeld ganz Befreite	689	519
in %	17%	15%
Vom Kollegengeld halb Befreite	19	22

Aus dieser kleinen Tabelle geht hervor, daß die Bestimmungen zur Erlangung der Kollegengeldbefreiung den gegenwärtigen Verhältnissen nicht entsprechen. Tatsächlich müßte die Zahl der Befreiten relativ stark gestiegen sein, während das Gegenteil der Fall ist; noch trasser liegen die Verhältnisse an der deutschen Technik, für die leider keine Zahlen zur Verfügung stehen. Die Wohnungsverhältnisse vervollständigen dieses traurige Bild. Von den rund 6000 deutschen Studenten fanden 1919 bis 1920 (Zahlen für das Jahr 1920 bis 1921 liegen noch nicht vor) 265 Studierende Wohnung im deutschen Studentenheim in der Mariengasse, 28 im Hause der Mensa academica in der Kralauerergasse; alles in allem sind das ungefähr 5 Prozent der Hörschaft der deutschen Hochschulen. Was bei der Wohnungsnot und enormen Teuerung für den Studenten mit seinem durchschnittlichen Monatseinkommen von K 300.— bedeutet, ist klar. Dabei ist die Wohltat einer solchen, schwer erlängten Wohnung im deutschen Studentenheim von recht zweifelhaftem Wert: enge Gänge, dunkle, unreine Zimmer, in die drei bis vier Bettstellen gezwängt sind, unhygienische Klosettanlagen kennzeichnen dieses „Heim“. Das kann aber auch zum großen Teile kaum anders sein, da die nötigen Geldmittel fast völlig durch Sammlungen und Wohltätigkeitsveranstaltungen aufgebracht werden. Was aber die Studenten selbst zur Besserung ihrer Lage beitragen, ist beschränkt wenig. Die Verständnislosigkeit, mit der die bürgerlich-nationalistischen Studenten diesen Tatsachen gegenüberstehen, ist einfach eine Kulturschande. Naturgemäß ist dadurch die Arbeit, welche die allstudentischen Ausschüsse leisten könnten, sehr klein geblieben. Wenn eine Besserung der Lage überhaupt in den nächsten Jahren eintreten wird, so kann der Anstoß dazu nur von der wirtschaftlichen Seite kommen. Als Beweis dafür nur ein Beispiel: Die christliche Jungmännervereinigung in Amerika (J.M.V.A.) errichtete in Prag ein Studentenheim, welches sie in selbstloser Weise gleichmäßig den deutschen und tschechischen Studenten zur Verfügung stellte. Dieses Studentenheim enthält keinerlei Wohnräume, sondern nur Studierzimmer, Gesellschaftsräume und Speisefestlichkeiten; es erscheint also direkt prädestiniert für eine zwanglose Annäherung der deutschen und tschechischen Studenten. Tatsächlich leben sie auch dort ruhig, beinahe freundschaftlich nebeneinander, ohne daß sich irgendwelche Zwischensfälle ereignet hätten. Dies scheint zu dem, vielleicht optimistischen Schluß zu berechtigen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht nur nach und nach ein erträgliches Zusammenleben der deutschen und tschechischen Studenten herbeiführen werden, sondern auch die ganze Ideologie der Intellektuellen von Grund auf verändern werden.

Die Kinderfreundebewegung in der Tschechoslowakei.

Im Juli d. J. fand in Prag eine vom Parteivorstand einberufene Sitzung statt, in der die Frage der Schaffung einer Kinderfreundeorganisation beraten wurde. In dieser Sitzung wurde ein Proponentenkomitee gewählt, das mit den Vorarbeiten betraut wurde.

Diese Vorarbeiten sind nun soweit gediehen, daß an die Gründung der Kinderfreundeorganisation geschritten werden konnte. Anschließend an den Parteitag fand am 15. Dezember in Terzchen die konstituierende Sitzung des Arbeitervereines „Kinderfreunde“ statt. Genosse Krenmer wies bei der Eröffnung der Versammlung auf die Wichtigkeit der neu zu gründenden Organisation hin und erteilte dem Genossen Prof. Schweizer aus Brünn das Wort zu seinem Referate über „Die Bedeutung der Kinderfreunde“. Genosse Schweizer führte unter anderem aus: Aus dem Empfinden heraus, dem Kinde Schutz und Hilfe zu gewähren, entstand die Fürsorgebewegung, die auf dem Boden bürgerlicher Wohltätigkeit fußt. Was aber die Kinderfreunde erstreben, ist neben der Fürsorgetätigkeit vor allem die Erziehung des Kindes im sozialistischen Sinne. Die beiden Erziehungsfaktoren, die heute in Betracht kommen, Elternhaus und Schule, sind in den seltensten Fällen geeignet, die Erziehung so zu leiten, wie wir als Sozialisten es wünschen und wollen. Noch sind die Eltern zu sehr verankert in die alten Methoden der Erziehung, die unbedingten Gehorsam, Unterordnung des kindlichen Willens fordern, noch wird in den Lehrbüchern der Schuljugend jene widrige Moral der Zufriedenheit gepredigt, daß die Armen doch eigentlich so glücklich, die Reichen so sorgenvoll sind, und noch immer werden die Kinder — trotz Umsturz und Republik — zu guten Patrioten zu erziehen versucht. Aufgabe der Kinderfreunde muß zunächst sein, die Arbeitereltern zu unterrichten über das Wesen der sozialistischen Erziehung. Genosse König in Wien, der Leiter des Kinderheimes in Schönbrunn, hat die Aufgaben einer sozialistischen Erziehung in einem Programm zusammengefaßt, das die Erziehung des Kindes zur Wahrheit, zur Freiheit und zur gegenseitigen Hilfe fordert. Diese drei Richtlinien beziehen sich auf die Bildung des Verstandes und des Willens, neben der die Bildung des Gefühls aber nicht zu kurz kommen darf. Kinder, die gute Menschen werden sollen, brauchen Freude und Sonnenschein. Lebten wir im sozialistischen Staate, dann wäre die Frage der Erziehung sehr leicht gelöst, da es Aufgabe des Staates, der Allgemeinheit wäre, die Reform des Schul- und Erziehungswesens durchzuführen. Wir leben aber in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung; die Erziehung der Kinder fällt unwillkürlich Eltern anheim, Lehrern, die zum Großteil im nationalstischen Fahrwasser segeln, und den Kinderfreunden, die hier mit ihrer sozialistischen Erziehungsbearbeit Wandel schaffen wollen, fällt ein schweres Stück Arbeit zu. Nicht um uns als Wohltäter der Arbeiterkinder aufzuspielen, dürfen wir an diese Aufgabe herantreten, es ist einfach unsere Pflicht, als Menschen und Sozialisten einzugreifen. Und da wir diese Erziehungsaufgabe als Notwendigkeit erkannt haben, müssen wir daran gehen, sie zu organisieren. Vor allem müssen wir erziehend nicht auf die Kinder, sondern auf die Eltern einwirken, müssen es den Arbeitereltern begreiflich machen, daß die heutige Erziehungsmethode falsch und schlecht ist, daß eine neue an ihre Stelle treten muß. Die Eltern dürfen nicht des Kindes hohe Obrigkeit, sie müssen seine Freunde, seine Vertrauten, seine Berater sein. Wir müssen sie auflären darüber, daß die Eltern viel mehr erreichen könnten im staatlichen Schulwesen, wenn sie sich organisieren und Forderungen stellen können. Wir müssen die Arbeitereltern schulen, daß sie das Erziehungsideal, das uns Sozialisten voranschwebt, in ihrem Wirkungskreise zu verwirklichen imstande sind. Eines brauchen wir zur Erfüllung unserer Aufgaben besonders notwendig: Menschen! Wir haben nicht viele Menschen, die zum Erzieher taugen und bei der Wahl der Leiter der Heimstätten, die wir in unseren Ortsgruppen zunächst gründen werden, muß besonders vorsichtig vorgegangen werden. Ganz verfehlt wäre es, das Amt einer Fortleitung jenen Genossen und Genossinnen zu übertragen, die bereits eine Reihe von Funktionen versehen und dieses Amt trotz guten Willens, trotz ihrer Fähigkeiten, infolge ihrer Ueberbürdung doch nur mehr schlecht als recht ausüben könnten. Auf diese Arbeit in den Kinderhorten werden wir uns, solange dem Verein keine geldlichen Mittel zur Verfügung stehen, zunächst beschränken müssen. Spiele, Bücher, Wanderungen in die Natur, Pflege des Sports sind die Dinge, die wir un-

seren Kindern zunächst bieten können. Aus diesen bescheidenen Anfängen heraus aber müßte unser Wirken auf immer weitere Gebiete erstreckt werden; Lichtbildervorführungen, Konzertveranstaltungen und Theateraufführungen wären den Kindern zu ermöglichen, kleinere und größere Reisen, ein Austausch mit den Kindern anderer Länder, durch den der Begriff der Internationalität gefestigt werden könnte. Körper- und Geisteskultur wollen wir so den Kindern vermitteln nach bester Kraft.

In Schönheit und Liebe gute und edle Menschen heranzuziehen, Menschen die fähig sind, unseren Kampf um den Sozialismus fortzuführen und zu beenden, ist das Ziel unserer Kinderfreundebewegung und da darf uns keine Arbeit zu schwer, kein Opfer zu groß sein. In Deutschösterreich ist die Organisation der Kinderfreunde aus der Arbeiterschaft heraus groß und mächtig geworden. Und was im wirtschaftlich armen Deutschösterreich möglich gewesen ist, das muß auch uns erreichbar und möglich erscheinen. Wenn wir alle wollen, muß es gelingen, und es wäre ein ganz bedeutender Fortschritt für die ganze Bewegung, wenn wir die Aufgaben, an die wir heute herantreten, erfüllen können. Und alle jene, die unserem Vereine beitreten als Mitglieder, sollen nicht nur zahlende Mitglieder sein, sondern mit Leib und Seele dabei sein, mitarbeiten und mithelfen, für unsere Kinder und damit für den Fortschritt der ganzen Menschheit zu schaffen.

Sodann wurden vom Vorsitzenden die Statuten verlesen, die den Ortsgruppen zugesandt werden, sobald sie gedruckt sind. Der Mitgliedsbeitrag wurde mit zwei Kronen monatlich festgesetzt. Beschlossen wurde ferner eine einmalige Einschreibgebühr von zwei Kronen. Der Reichsverein der Kinderfreunde wird sich gemäß den Statuten in Gau, Ortsgruppen und Jahrestellen gliedern. Die Aufstellung der Mitgliedsbeiträge ist in der Weise gedacht, daß 30 Heller dem Reichsverein, 30 Heller dem Gau, eine Krone der Ortsgruppe und 40 Heller den Jahrestellen zufallen. Die nötigen Drucksorten wird der Reichsverein den Gauen und Ortsgruppen gegen Bezahlung zur Verfügung stellen. Nach einer längeren Debatte, in der praktisch als Kinderfreunde tätige Genossen verschiedene Anregungen gaben, wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Die Vorschläge, die das Proponentenkomitee zu diesem Punkte erstattete, wurden von der Sitzung einstimmig angenommen. Es sind sonach gewählt: In den Vorstand: Ritter-Birkst, Gold-Brünn, Hofbauer-Teply, Krenmer-Teply, Sacher-Vara, Karlsbad, Schfer-Esse-Neichenberg, Schweizer, Steiner-Trautenau, Karl-Restomig. Die administrativen Arbeiten des Vereines wurden dem Genossen Eduard Erlacher in Teply übertragen. In den Ueberwachungsamt wurden gewählt: Anna Greul-Eger, Andra-Brünn, Mlizi Kabeit-Brünn, Charlotte Ritter-Varnsdorf, Schulz-Auffig und Agnes Lrenka-Nägerndorf. Vorsitzender des Reichsvereines ist Genosse Josef Hofbauer.

Es wurde dann noch die Frage der Vereinszeitung erörtert und man beschloß, vorläufig, solange der junge Verein ein eigenes Organ herauszugeben nicht in der Lage ist, mit den Wiener und Prager Kinderfreunden wegen einer eventuellen Zeitungsbeilegerung in Verbindung zu treten. In die gründende Sitzung, die gegen halb 12 Uhr vormittags geschlossen wurde, schloß sich eine Sitzung des neugewählten Vereinsvorstandes, die sich damit beschäftigte, die Aufgaben für die nächste Zeit festzusetzen.

Es waren nicht allzubiele Genossen und Genossinnen, die der Einladung des Proponentenkomitees Folge geleistet hatten. Die wenigen aber, die erschienen waren und aus den Ausführungen des Genossen Schweizer die Erkenntnis schöpfen konnten, daß es uns mit der Gründung der Kinderfreundeorganisation im Interesse des Sozialismus und im Interesse der Menschheit sehr ernst sein muß, werden gewiß das ihre beitragen, um in ihrem Wirkungskreise Anhänger zu werben für unsere Ideen und sie werden, durchdrungen von der Notwendigkeit dieser Organisation, freudig und mutig die schwere Pionierarbeit beginnen, die den Weg bereiten soll zur Neugestaltung der Erziehung.

Tages-Neuigkeiten.

Der unerfüllte Marschall Joch. Der Sonderberichterstatter des „Matin“, der die Ueberfahrt von Amerika nach Europa mit Marschall Joch und Viviani machte, berichtet von einer Unterredung mit den beiden in der Marschall Joch Viviani gefragt habe: „Was werden wir tun? Wir haben ein schlechtes Friedensinstrument in der Hand. Es ist schlecht, weil es Frankreich nicht seine Sicherheit und seine Zahlungen garantiert. Die Sicherheitsgarantie war der Rhein. Der war unsere wirkliche

Grenze, eine Grenze, die wir leicht halten konnten. Ich habe gerechnet: eine Division in Köln, eine in Mainz, eine in Koblenz, drei andere Divisionen hinter ihnen, das macht sechs Divisionen. Durch diese hätte ich mich stark genug gemacht, den ganzen Rhein zu halten und zu verteidigen. Dann hätten wir abräumen können. Ich habe es gesagt, ich habe es wiederholt, ich bin nicht gehört worden. Ich habe noch mehr getan. Ich habe es jedem der Minister Clemenceau geschrieben, Barthou hat mir eines Tages gesagt: Sie sind ein aufwieglischer General. — Ich habe gelacht, aber die Minister werden an dem Tage, an dem sie vor dem Staatsgerichtshof stehen nicht lachen.“ So spiegeln sich in den Augen eines Militaristen das Recht der Völker und die Idee der Abrüstung. Die französischen Staatsmänner konnten dem ärgsten Wahnsinn ihres Hoch widerstehen, die deutschen den Tollhausphantasien ihres Ludendorff nicht. Das brachte sie um.

Standrede eines Gelben an die Geldadvente. Herr Dr. Emil Lehmann, Professor in Landekron und nationalsozialistischer Parteimann, ist der Führer einer Volksbildungsbewegung, die sich um das Banner der „Heimatbildung“ schart. Mit dieser Heimatbildung will er das „judendeutsche Edelvolk“ zu einer „Volksgemeinschaft“ zusammenbringen. Mit einer mächtigen Flut von Phrasen verflücht er sein „Programm“. Vor kurzem schilderten wir in einem Artikel die wirklichkeitsfremden Heimatbildner und zogen wir den Schluß, daß das ganze Phrasenwerk nur den Zweck hat, die parteipolitischen Tendenzen zu verdecken. Herr Lehmann ist nun darüber fürchtbar aufgeregt, schreibt über „Parteidogmatismus“, grobe Parteiborniertheit“ und hält in der letzten Nummer der „Heimatbildung“ eine Standrede an die „Judendeutschen, in der er ausführt, daß nur der Geist der Liebe das deutsche Volk einen kann, daß es aber noch deutsche Bauern gebe, die sich hartnäckig weigern, die Deutschhumspflege anzuerkennen und daß alles Geschrei nach Selbstverwaltung und Selbstbestimmung Welsch ist, wenn man nicht einmal eine Zusammenfassung und gemeinsame Leitung der Volksbildung aufzurufen kann. Dann aber kommt der Analekset: „Und haben nicht auch unsere Großindustriellen und Geldadventen vollkommen verlagert im Punkte der Volksbildung. Sibt nicht alles auf seinem Geldsack ohne Verständnis für die Bedeutung der Sache?“ Nun haben wir es deutlich gehört: der Heimatbildner kann am besten gebiert werden, wenn die Großindustriellen und Geldleute ihre Geldsäcke für diese Volksbildungsbewegung öffnen! Der Charakter dieser Bewegung hätte nicht besser erhalten werden können, als durch diese Standrede des Professors. Von der Not der armen deutschen Heim- und landwirtschaftlichen Arbeiter weiß der Herr Professor in seiner „Heimatbildung“ nie etwas zu sagen. Es kann ja schließlich gar nicht anders sein. Strebt er doch selber an, daß die Ausbeuter der deutschen Arbeiter, die aus der Not und dem Elend des deutschen Volkes Profite ziehen, ihre Geldsäcke nun für seine Bewegung öffnen sollen. Das entspricht ganz den Tendenzen der deutschnational-sozialistischen Partei. Herr Lehmann ist ein sehr würdiger Parteigenosse und er weiß, in wessen Auftrage er seine Heimatbildungsbewegung schafft. — Ob nun die deutschen Großkapitalisten ihre Geldsäcke öffnen werden? Kann sein. Jedenfalls ist dem Professor Lehmann auf andere Weise nicht zu helfen.

Wonach das arisch-germanische Wesen lechzt. Auch die Deutschenationalen gehen nun daran, Jugendhäuser zu schaffen. In Bad Allersdorf bei Währisch-Schönberg wird jetzt eine solche deutschnationale Jugendhäule errichtet, über deren Ziel die Zeitschrift „Heimatbildung“ folgendes schreibt:

„Die Jugendhäule soll das dicke Filzwerk des Lebens vorführen. Die jungen Leute sollen dort ein „Lebensgefühl“ gewinnen. Dieses soll nicht nur zu einem unentwegten Leben befähigen, sondern auch lebendige führende Beispiele für die völkische Gemeinschaft herausbilden und aus dem Rassenmisch unserer Zeiten und Völker das vielgeschmähte und doch vielgeschätzte menschheitstragende arisch-germanische erstehen lassen. Dieser Geist will sich ausbreiten, nicht um Machtgülden zu frönen, sondern um sich in seinem unbändigen Arbeitsdrange der Bestrebungen betätigen zu können und die Riesennarbe menschlicher Kultur, das ist Pflege des Menschen über alle tierisch hemmenden Regungen in der Entwicklung Tiefstehender empor zu heben. Das ist arisch-germanisches Lebensbedürfnis; danach lechzt das Wesen, ohne das verkrüppelt es oder stirbt. Mit ihm aber steigt oder fällt die Menschheit.“

Das „Filzwerk“ dieser Phrasen mag noch so dicht, der „unbändige Arbeitsdrang der Bestrebungen“ noch so „unentwegt“ unklar sein — man erkennt trotzdem, daß es das Ziel dieser Schule ist, arisch-germanische Salenzkreuzler künstlich zu züchten. Da die menschheitstragenden Rassenaffen wahrcheinlich auch anderwärts den Versuch unternehmen werden, solche völkische Jugendhäuser zu errichten, ist es schon heute unsere Aufgabe,

Brauenhaftes aus Rußland.

Nansen sagt: „Europa weiß noch nicht, was der Hunger im Wolgagebiet in Wirklichkeit bedeutet“.

Moskau, 19. Dezember. (Zunk.) Vor seiner Abreise aus Moskau äußerte sich der Vorsitzende des internationalen Komitees für Kinderhilfe Dr. Nansen über seine Reise in das Hungergebiet wie folgt: Der Hunger im Wolgagebiet übersteigt die finsternen Vorstellungen. Der mich begleitende Dr. Ferrer, der Zeuge des Hungers in Indien, in Afrika und Asien war, hat dort niemals solche schreckliche Verheerungen infolge Hungers angetroffen, wie wir es hier sehen. Europa weiß noch nicht, was der Hunger im Wolgagebiet in Wirklichkeit bedeutet. Meine Aufgabe ist es, mich mit dem tatsächlichen Umfang der Hungerkatastrophe vertraut zu machen und die Richtung anzugeben, in welcher sich die Hilfsaktionen be-

wegen sollten, damit sie tatsächlich von Erfolg begleitet seien. Im Gouvernement Saratow besuchte Nansen einige Dörfer. Es zeigte sich, daß die Mehrzahl der Bauern einzig des Wasserholens wegen ihre Hütten verlassen und sich ausschließlich nur von den Resten des im Herbst gesammelten Strohes, das sie zwischen Steinen zusammen mit Eichenrinde mahlen, von Erde und Mehl aus den Knochen verendeter Tiere nähren. Viehstand ist beinahe keiner vorhanden. In vielen Bauernstuben wurden Leichen von an Hunger Gestorbenen aufgefunden, bereits einige Tage alt und unbekannt. Anderwärts fand Nansen ganze Familien in Agonie.

Verlagen der staatlichen Hunger-Hilfsaktion in Rußland?

Kopenhagen, 17. Dezember. Der „Berlingske Tidende“ wird aus Helsingfors telegraphiert: In Moskau trafen dieser Tage Vertreter der Sowjetbehörden und der Bevölkerung aus 16 Hungergouvernements ein, um die Zentralhilfskommission davon zu überzeugen, daß bisher alle Versuche zur Bekämpfung der Not in den Hungergebieten gescheitert seien. Die Vertreter berichteten, daß die Not mit jedem Tage wachse und die Sterblichkeit in erschreckender Weise steige. Weiter erklärten sie, daß Moskau selbst bei bestem Willen nichts ausrichten könne, weil es nicht über die erforderlichen ungeheuren Vorräte verfüge und weil die Transportmittel im Südosten Rußlands, das am schlimmsten heimgesucht sei, sich in vollem Verfall befinden. Die Vertreter der 16 Gouvernements erhoben einstimmig die Forderung, daß die Zentralbehörden in Moskau sofort neue Schritte bei den Westmächten unternehmen, die allein imstande seien, wirkliche Hilfe zu leisten, um zu verhindern, daß weitere Millionen von Menschen am Hungertode zu Grunde gehen. Der Leiter des Hilfskomitees, Kamenev, wußte auf die furchtbaren Anklagen gegen die Sowjetregierung nichts zu erwidern. Er mußte sich darauf beschränken, zu versprechen, den Rat der Volkskommissare mit der Anklage der 16 Gouvernements bekannt zu machen. Die Vertreter des deutschen roten Kreuzes sind von einer Reise in die sogenannte

tartarische Republik zurückgekehrt. Sie teilen mit, daß die gesamte Bevölkerung eine sichere Beute des Hungertodes werden würde, wenn nicht innerhalb eines Monats weitgehende Hilfe gewährt würde. (Zu bemerken ist bloß, daß die Berichte aus Helsingfors meist gegenrevolutionären Quellen entstammen und mit Vorsicht ausgenommen werden müssen. D. Red.)

Der bolschewistische Bankrott.

London, 19. Dezember. Die „Times“ berichten: In unterrichteten Kreisen herrscht die Ansicht vor, daß Lenin vom Mißerfolg des Bolschewismus überzeugt sei und daß es sich nur um die Festsetzung einer geeigneten Formel handle, um in Rußland wieder das kapitalistische System einzuführen. Die Sowjetregierung sei nicht abgeneigt, die Vorkriegsschulden anzuerkennen als Einleitung für eine Teilnahme an einem gemeinsamen Veruche, Europa wiederherzustellen. Eine solche Beteiligung der Sowjetregierung würde selbstverständlich die Anerkennung der bolschewistischen Regierung bedeuten, was England bisher stets abgelehnt hat. Der Gedanke einer Wirtschaftskonferenz, an der Deutschland, Rußland und Österreich in der einen oder anderen Weise teilnehmen sollten, wird von Lloyd George in Erwägung gezogen werden.

Der unbeherrschbare Geist Breukens.

Oberschlesien ist den Deutschen verloren gegangen, gewiß auch zum Teil deshalb, weil die deutsche Bürokratie die Interessen des Reiches recht ungeschickt vertreten hat. Man sollte meinen, daß sie daraus gelernt hätte, doch geht man mit dieser Vermutung fehl. Noch immer beherrscht die preussischen Beamten der Dünkel, sie könnten alles am besten, das sieht man aus der Art, wie sie die Verhandlungskommissionen mit den Polen zusammenbrachten. In der Ansprache über die Wirtschaftsverhandlungen griff der Reichstagsabgeordnete Klunski die Zusammensetzung der Kommissionen, die nur nach dem Arbeitgeber-Standpunkt getroffen worden sei, auf das heftigste an. Während in den polnischen Delegationen überall Arbeitervertreter vorhanden seien, sei von deutscher Seite von der vorher eingereichten umfangreichen Liste niemand berücksichtigt worden. Die jetzige Zusammensetzung der Unterkommissionen zeige, daß man gerade da die Arbeiter nicht haben wolle, wo es sich um ihre Interessen handle. Den Angriffen schloß sich der Landtagsabgeordnete Rarger mit ergänzenden Ausführungen an. Die Arbeiterführer hätten erwartet, als aktive Teilnehmer an den Verhandlungen mitwirken zu können, statt nur ein einziges Mal als Sachverständige einvernommen zu werden. In Sitzungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen stehen zwei polnische Arbeitervertreter zwei deutschen Regierungsassessoren gegenüber und an Stelle der Arbeitnehmer Gruben- und Fabriksdirektoren. Im allgemeinen herrsche bei den Arbeitern der Eindruck vor, daß sie nur herangezogen werden würden, wenn es sich die preussische Regierungsbürokratie einmal auf irgendeinem Nachgebiet nicht mehr zu helfen weiß. Dieselben Arbeiter sind aber den bürgerlichen Herrern gut genug dazu, um ihre schwachen kulturellen Aktionen zu stützen. Die deutschen Kulturbestrebungen will die Sozialdemokratie mit allen übrigen Kulturorganisationen zusammen fördern. So werden alle Arbeiterbildungsvereine im Bund für Arbeiterbildung zusammengefaßt, sich dem Kulturbund angliedern, der mit dem Wdhfahrsbund und Schulvereinen zusammen in der Spitzenorganisation, dem Deutschen Volksbund, organisiert wird. Da der Anschluß von politischen Organisations-

nen und Gewerkschaften sowohl von sozialistischer wie von polnischer Seite abgelehnt worden ist, stellt dieser Volksbund eine reine Kulturorganisation dar und keine irgendwie geartete deutsche Irredenta.

Kleine Chronik.

Großer Sturm in Norwegen und Dänemark.

Christiania, 19. Dezember. Ein starker Sturm hat Störungen im Telegraphen- und Telephonverkehr verursacht und die Verbindung mit Deutschland und Dänemark unterbrochen. In Bergen wurden im Hafen stehende Schiffe ins Meer zurückgeschleudert, einige kleine Dampfer gingen unter. Aus vielen Küstenorten wird gemeldet, daß das Wasser über die Hafendämme trat und die niedriger gelegenen Gassen überschwemmte.

Die Raube der Kommunisten. In Bordeaux ist ein Film zur Aufführung gelangt, der die Zustände in Rußland unter der Herrschaft der Sowjets zum Gegenstand hat. Die anwesenden Kommunisten haben sich darüber so entrüstet, daß es zu großen Unruhen kam, in deren Verlauf das Theater in Brand gesteckt wurde.

Die spanischen Mütter verlangen ihre Söhne zurück. In Madrid hat in diesen Tagen eine stark besetzte Versammlung stattgefunden, die die spanische Regierung aufgefordert hat, energischer Schritte als bisher zur Befreiung der in Spanien und Gattinnen der Kriegseisangenen waren umfassend. Mehrere Mitglieder des Cortes tadelten scharf die Haltung der Regierung, die noch nicht alles getan habe, was möglich sei, um die Söhne des Landes zu befreien, die sich für ihr Vaterland geopfert hatten. Man beschloß, einen Appell an die Königin in ihrer Eigenschaft als Mutter, und war sich darüber einig, falls die Regierung sich nicht aufrufen sollte, einen unabhängigen Ausschuss zu bilden, der die Frage in Angriff nehme und Sammlungen veranstalten sollte.

Englische Schlemmer. Das jährliche Festessen der Londoner „Gastronomischen Vereinigung“ hat auch in diesem Jahre im Prince's-Restaurant in Piccadilly stattgefunden. Berühmte Berichterstatter rühmten ihm nach, daß von den Käufern bis zum Kaffee jeder Gang das Vollendetste gewesen sei, was für den verwöhnten Gaumen erdrossen werden kann. Die Gesellschaft war sehr zahlreich und würzig gewesen; darauf folgte eine köstliche Sessung mit einer Saure, die ein Gedicht war. Der Hammelrücken war ein Traum; er stammte von ganz jungen Tieren, deren Fleisch zart und saftig war und auf der Zunge zerging; der Bericht-

erstatter meint, sie hätten früh sterben müssen, aber für eine gute Sache. Auf derselben Höhe war die Gänseleberpastete und die Wachteln. Das Bestreben der Gastronomien stellte eine Verbindung aller Herrlichen dar: Süßigkeiten finstere Art begleiteten es. Wie wäre es mit einem englischen Schlemmergeheiß?

Die Zukunft der Deutschen Eisenbahnen.

Berlin, 18. Dezember. Die Sozialisierungs-Kommission hat ihr Urteil über die wirtschaftliche Gestaltung der Reichseisenbahnen in zwei Gutachten abgegeben, die beide Privatisierung der Eisenbahnen ablehnen, für die Reorganisation aber verschiedene Methoden befürworten. Das eine Gutachten, das u. a. die Unterschriften von Braun, Cohen, Hilferding, Rautsch und Defer trägt, lehnt den gemischten wirtschaftlichen Betrieb ab und fordert die Heraushebung der Eisenbahnen aus dem allgemeinen Haushalte als selbständigen Reichsbetrieb mit privatwirtschaftlich-rationellen Methoden, aber ohne Ueberführung in die Aktiengesellschaft. Der Reichstag wird nicht ausgeschaltet, sondern kann den Eisenbahnhaushalt im Ganzen annehmen oder ablehnen. Das zweite Gutachten, das von den Vertretern der christlichen Gewerkschaft unterzeichnet ist, empfiehlt die Umwandlung des Reichseisenbahnbetriebes in eine Aktiengesellschaft, an der Reich und Länder, das Eisenbahnpersonal — die Stützen der Organisation der Gewerkschaft — endlich Eisenbahninteressenten, Industrie, Handel, Landwirtschaft und Gewerbe beteiligt sind.

Ratifikation Des Vertrages Durch Irland?

London, 19. Dezember. (Laurenzberg.) Die geheime Sitzung des Daily Council wurde Samstag beendet. Montag findet eine öffentliche Sitzung statt, in welcher wahrscheinlich das Ergebnis der Beratungen mitgeteilt werden wird. Nach den aus Dublin eingetroffenen letzten Meldungen ist man der Ansicht, daß das englisch-irische Abkommen ratifiziert werden wird. Driffith und Collins haben die Oberhand über De Valera erlangt und auch die Führer der republikanischen irischen Armee sprachen sich für die Ratifikation aus, womit eine erhebliche Mehrheit für die Annahme des Abkommens gesichert ist.

Umsturz in Albanien.

Paris, 18. Dezember. Die Regierung von Tirana ist in die Hände eines gewissen Nivacchi gefallen, dessen Vergangenheit nicht bekannt ist. Die frühere Regierung soll in Albanien die Bildung eines neuen Kabinetts versuchen. Die Miriditen bereiten den Vormarsch auf Tirana vor.

Aufhebung der Lebensmittelzuschüsse in Oesterreich.

Wien, 19. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat.“) Im Unterausschuß des Budgetausschusses kam heute ein Beschluß über die Aufhebung der staatlichen Lebensmittelzuschüsse zustande. Der Beschluß geht dahin, daß der Staatszuschuß auf das Brot im Jänner und Feber auf 150 K herabgesetzt werde, im März auf 100 K, im April auf 50 K und im Mai ganz einachstet werde. Der Zuschuß auf das Fleischbleichmittel und auf das Margarin soll ab Jänner auf einmal einachstet werden. Bei Kondensmilch soll der staatliche Zuschuß bleiben.

Antwort an die Reparationskommission.

Berlin, 9. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat.“) In Berlin haben die Beratungen der Regierungskreise über die Antwort auf das Schreiben der Reparationskommission begonnen. Die Besprechungen über die einzelnen in der Mitteilung der Reparationskommission aufgeworfenen Fragen werden zunächst innerhalb der zuständigen Ressorts geführt. Aus diesem Grund kann also gegenwärtig nicht gesagt werden, in welchem Sinne die Antwort der Reichsregierung ausfallen wird. Es ist jedoch zu erwarten, daß die Antwort der Reichsregierung an die Reparationskommission in diesen Tagen erfolgt.

Briand und Loucheur in London.

London, 18. Dezember. Briand ist in Begleitung Loucheurs und Bethelots heute abends in London eingetroffen. Auch Rathenau ist in London eingetroffen.

Rathenau wieder in London.

Berlin, 19. Dezember. (Eigenbericht des Sozialdemokrat.) Rathenau ist in Begleitung seines Sekretärs in London eingetroffen. Er ist im selben Hotel wie Briand und Loucheur abgestiegen. Man nimmt hier an, daß die neue Reise Rathenaus mit den Beratungen mit Briand und Lloyd George in Zusammenhang stehe.

Gedenket Des Fonds für euer Zentralorgan!

Die Seerüstungen Frankreichs.

Paris, 19. Dezember. (Havas.) Das Marineministerium veröffentlicht eine Note, in der es heißt: Sofort nach seiner Ankunft in London erklärte Briand, Frankreich sei bereit, der amerikanischen Auffassung über die Einschränkung der Tonnage der großen Schlachtschiffe beizutreten, nannte jedoch keine Ziffern. Alle Informationen in dieser Angelegenheit sind vertriebt und ungenau. Französische parlamentarische Kreise erklären andererseits, daß die französischen Forderungen, welche Kreuzer, Torpedoboote und Unterseeboote betreffen, das Minimum dessen darstellen, was die berufenen französischen Faktoren zur Sicherung der Küstenverteidigung und der Verbindung Frankreichs mit seinen überseeischen Kolonien als unbedingt notwendig ansehen.

Verzicht auf die französischen Flottenpläne?

Paris, 19. Dezember. (Havas.) Ministerpräsident Briand teilte dem Botschafter der Vereinigten Staaten mit, daß Frankreich die ursprünglichen 'Anträge Hughes' bezüglich der Tonnage der Kriegsschiffe annehme.

Die Wiener Arbeitsgemeinschaft über die internationale Lage.

Frankfurt a. M., 18. Dezember. (Wolff.) Das Büro der internationalen Arbeitsgemeinschaft hält am 18. und 19. d. M. Sitzungen ab. Bei dieser Gelegenheit veranstaltete die U. S. P. D. im Festsaal eine Versammlung, in der Crispian, Longuet und Brade (Frankreich), Grimm (Schweiz), Wallhead (England), Adler (Österreich) und Ledebour das Wort ergriffen. Alle Redner wendeten sich gegen die Reparationspolitik der Entente, die nur durch Einigkeit des Proletariats aller Länder überwunden werden könne. Insbesondere hob Grimm hervor, daß nicht nur England und die Vereinigten Staaten unter Arbeitslosigkeit litten, sondern ganz besonders auch die Schweiz, deren Bevölkerung zu 1/3 von der Arbeitslosigkeit betroffen sei. Adler sagte, daß Österreich mit Deutschland zu einer Schicksalsgemeinschaft verbunden sei. Die Abstimmung in Dedenburg bezeichnet Adler als eine Farce. Longuet nannte die Abrüstungskonferenz in Washington eine Abrüstungskomödie.

Anklage gegen die ungarischen Karlisten.

Budapest, 18. Dezember. (Tf. P.) In der Angelegenheit der in dem letzten Königsputsch verwickelten Politiker hat die Staatsanwaltschaft gestern die Anklageschrift eingereicht. Sie erhebt gegen Graf Julius Andrássy, Stephan Kalovszky, Graf Anton Szilagay, Dr. Gustav Gray, den Gefändtschaftssekretär Borovicszeny, Hauptmann Lorenz, Andreas Alexa, Stephan Kray und August Schnitzer die Anklage wegen Verbrechen der Empörung und bezeichnet das Budapester Strafgericht als zuständiges Gericht. Bezüglich des Abgeordneten Beniczky wurde keine Anklageschrift eingereicht. Der Staatsanwalt beantragte vielmehr gegen ihn die Einleitung einer Untersuchung. Gegen sämtliche Angeklagten wird die Verlängerung der Untersuchungshaft vorgeschlagen, weil bisher die Verhaftungen bloß im eigenen Wirkungsbereich des Staatsanwaltes erfolgt waren.

Gerichtssaal.

Schwere Strafe für eine unbedachte Tat.

Wien, 19. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokraten.“) Vor dem Wiener Schwurgericht war heute ein Wehrmann wegen Mordtats angeklagt, der im Dezember beim Grenzsoldatendienst in Brud a. L. einen Hauptmann eine Ohrfeige versetzt hat. Obwohl die Zeugen ausgaben, daß der Angeklagte noch vom Kriege her nervös ist und daß er damals überarbeitet war, sowie auch, daß er nicht wissen mußte, daß der Hauptmann sein vorgelegter Kommandant sei, bejahen die Geschworenen die Schuldfrage einstimmig, und der Angeklagte wurde zu zwei Jahren schweren Kerlers verurteilt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Lohnverhandlungen in der Landwirtschaft sind wieder einmal auf einen toten Punkt gelangt. Obwohl die Schwierigkei-

ten, die die Verhandlungen schon einmal zum Scheitern brachten, überwunden werden konnten, zeigt es sich, daß die Arbeitgeber bestrebt sind, auf irgendeine Art und Weise eine Lohnreduzierung herbeizuführen. Ihre angebliche Passivität wollen sie auf Kosten der Arbeiter beseitigen. In der Sitzung des Landesbeirats am 29. November wurde vereinbart, auf der Grundlage des Status quo der Richtlinien 1921 zu verhandeln. Jetzt aber wollen die Arbeitgeber hinsichtlich des Bekleidungsbeitrages eine derartige Formulierung durchsetzen, deren Untergrund ist, das Bekleidungs-pauschale in welcher Form immer überhaupt abzulehnen. Weiters verlangen sie, daß die vollständige Freigabe des Getreidehandels erfolgen müsse und dies im Vertrag aufzunehmen ist. Die Vertreter der Arbeiterschaft stehen auf der im Landesbeirat vereinbarten Verhandlungsgrundlage und können einer Vereinbarung, die eine Herabsetzung des Lohnniveaus zur Folge hätte, unter keinen Umständen zustimmen. Was die Freigabe des Getreidehandels betrifft, vertreten die Arbeitgeber die Auffassung, daß sie diese Frage, da sie in die Kompetenz der Gesetzgebung fällt, nicht lösen können, es also zwecklos ist, sie zur Grundlage von Verhandlungen zu machen. Uebrigens soll, wie verlautet, die vollständige Freigabe des Getreidehandels in kürzester Zeit erfolgen. Es ist Pflicht der Agrarier, ihre Vertreter im Parlamente zu beauftragen, für die Freigabe der Getreidebewirtschaftung einzutreten. Wir wollen hoffen, daß sich die Arbeitgeber des Ernstes der Situation klar werden und ihren Standpunkt ändern. Wenn sich die Arbeitgeber auf der im Landesbeirat vereinbarten Grundlage stellen, so wird eine Einigung möglich sein.

Invalidentät- und Altersversicherung in Oesterreich. Die deutschösterreichische Regierung hat im Nationalrat den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Invalidentät- und Altersversicherung eingebracht. Im Hinblick darauf, daß man auch in der Tschechoslowakei an einem solchen Entwurf arbeitet, seien die wesentlichen Bestimmungen der österreichischen Gesetzesvorlage wiedergegeben. In die Alters- und Invalidentätversicherung werden alle diejenigen einbezogen, die der Krankenversicherungspflicht unterliegen. Ausgenommen hiervon sind Personen, die schon bei Beginn der Versicherung 60 Jahre sind, dann die öffentlichen Angestellten, sowie die Arbeiter der öffentlichen Betriebe, wenn sie infolge ihrer Anstellung mindestens dieselben Rechte haben, wie die Versicherten. Das Gesetz schafft folgende Arten der Versicherung: Invalidentätversicherung, Altersversicherung, Waisenversicherung und Witwenversicherung. Die Invalidentät- und Altersrente beträgt etwa 40 Prozent des Verdienstes, die Witwenrente 20 Prozent, die Waisenrente 10 Prozent. Zu allen Renten wird noch ein Staatszuschlag gewährt. Die Beitragsleistung beträgt fünf Prozent des Lohnes, wobei der Arbeiter die Hälfte und der Unternehmer die Hälfte zahlt. Zur Durchführung der Versicherung wird eine Invalidentätversicherungsanstalt errichtet. Die Hauptversammlung besteht aus zwei Dritteln Arbeiter- und einem Drittel Unternehmervertreter. Die Renten werden von Rentenanstalten zuerkannt, die drei Mitglieder haben, und zwar einen Vertreter der Arbeiterschaft, einen Vertreter der Unternehmer und einen Anstaltsbeamten. Die Verwaltungsgeschäfte der Anstalt können den Krankenkassen und Unfallversicherungsanstalten übertragen werden. Wer mit der Entscheidung über seinen Rentenanspruch nicht einverstanden ist, kann beim Versicherungsgericht klagen. Um auch diejenigen einer Hilfe teilhaftig werden zu lassen, die schon 60 Jahre alt sind, und darum nicht versichert werden können, bestimmt das Gesetz, daß diese Ansuchen auf eine Altersunterstützung von 400 Kronen monatlich Anspruch haben. Davon leistet 100 Kronen der Staat, 300 Kronen die Versicherungsanstalt.

Dividendenlegen in Deutschland. Die Harz- und Bergwerke und chemische Fabriken A. G. in Gotha verteilt für das abgelaufene Geschäftsjahr neben einem lukrativen Bezugsrecht eine Gesamtdividende von achtzig Prozent, die Wagon- und Maschinenfabrik A. G. in Bautzen eine Dividende von siebzig Prozent und die Metallwarenfabrik vormals S. Wiffener A. G. in Zella-Mehlis sechzig Prozent Dividende.

Endgültige Spaltung innerhalb der französischen Gewerkschaften? Eine Gruppe von

Kreisausschüssen und Verbänden der revolutionären Syndikalisten hat am 2. Dezember in dem kommunistischen Parteiorgan, der „Gummitte“, einen Aufruf zu einem außerordentlichen Gewerkschaftskongress veröffentlicht. Dieser Aufruf ist ein scharfer Bruch der Statuten des französischen Gewerkschaftsbundes. Die Verfasser des Aufrufes rühmen sich zwar, daß sie zum Schutz der Einheit und der Meinungsfreiheit den Kongress einberufen, aber der französische Gewerkschaftsbund und die sozialistische Partei haben diese Heuchelei sofort entlarvt. Der Vorstand des französischen Gewerkschaftsbundes sagt in seiner Erklärung: „Die Einberufung dieses Kongresses ist eine Spaltung, deren Schwere und deren Folgen für die Einheit der Arbeiterbewegung sofort hervorgehoben werden müssen. Das Büro des Gewerkschaftsbundes beschränkt sich im Augenblick darauf, dieses Vorgehen festzustellen und beschließt, den Verwaltungsrat des Gewerkschaftsbundes einzuberufen, der über diese Lage Beschluß fassen wird.“

Neinhalb Millionen Gewerkschafter in England. Das Arbeitsministerium in England veröffentlicht eine Uebersicht der Mitgliederzahlen der britischen Gewerkschaften, aus der hervorgeht, daß diese im Jahre 1920 8.562.000 betragen haben. Gegen 1919, da die Mitgliederanzahl 8.651.000 betrug, bedeutet dies ein Wachstum um 5,6%.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 2043, 100 Mark 4240, 100 schweiz. Franken 1577,50, 100 Lire 364, 100 franz. Franken 643%, 1 Pfund Sterling 337, 1 Dollar 81%, 100 belg. Franken 611%, 100 Peso 1212%, 100 Dinar 122%, 100 Wiener Kronen 1,55, 100 ung. Kronen 12,15 Kr.

Aus der Partei.

An alle in der Tschechoslowakei lebenden Mitglieder des Vereines „Die Gewerkschaft“ in Wien!

Im Einvernehmen mit dem Unterstützungsverein „Die Gewerkschaft“ in Wien werden alle diesem Vereine bisher angehörenden, nun in der Tschechoslowakei lebenden Mitglieder ab 1. Jänner 1922 von den neu zu gründenden Unterstützungsvereinen „Solidarität“ in Reichenberg übernommen. Sämtliche übernommenen Mitglieder haben die Beiträge einschließlich der 52. Rate 1921 an den Wiener Verein „Die Gewerkschaft“ auf das Prager Konto Anton Hueber, Konto Nr. 54.716, einzuzahlen. Das Gleiche gilt für Beitragsrücklagen, die infolge der Kriegsdienstleistung entstanden sind und noch nicht beglichen wurden. Ab 1. Jänner 1922 sind die Beiträge an den Verein „Solidarität“ in Reichenberg zu zahlen. Die Beitragsleistung wird in der im Jänner stattfindenden grünen Generalsversammlung festgesetzt. Die in der Tschechoslowakei lebenden Invaliden, Witwen und Waisen des Vereines „Die Gewerkschaft“ in Wien erhalten bis zum 30. Juni 1922 ihre Rente von dort ausbezahlt. Nachher werden auch diese vom Verein „Solidarität“ übernommen.

Für den Unterstützungsverein „Solidarität“ sind bis auf weiteres alle Zuschriften an Franz Macoun, Reichenberg, Fürberggasse 1, zu richten.

Für den Unterstützungsverein „Die Gewerkschaft“ in Wien:

Anton Hueber.

Für das Propagandensomitee des Unterstützungsvereines „Solidarität“ Reichenberg:

Franz Macoun.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Zu den Auslagen der Geschäfte flammen Lichter auf....

Wieviel Hunderte, Tausende und Millionen von Kronen werden für überflüssige und oft unnütze Nilolo- und Weihnachtsgeschenke herausgeworfen! Spart mit Geld! Das schönste und beste Geschenk der Weihnachtszeit ist ein staatliches Prämienlos, das im Frühjahr eine rege, vom Staate finanzierte Bautätigkeit ermöglicht. Ein solches Los hat eine wunderliche Eigenschaft: Du kannst aus 50 Treffern zu einer Million Kronen, aus 100 Treffern zu einer halben Million, aus 500 Treffern zu 100.000 Kronen usw. leicht einen Gewinn erzielen. Sieh! Welch prächtiges Weihnachtsgeschenk! Und wenn Du nicht gewinnst, erhältst Du Dein Geld in der alljährlich stattfindenden Amortisationsziehung mit der 2%igen Zinsenprämie zurück. —

Selbstschreibende Burrough-Additionsmaschinen der Firma Wlogowski & Comp., Prag, I., Celetna ul. 35. 80 verschiedene Modelle, für jede Branche eigene Systeme. Vorführung

und Probefeststellung überall unverbindlich und kostenlos. Telephon 6217. 106

Der unverwüslliche



407 Kautschuk Schuhabsatz!

Erste Marke der Welt! Remington Standard-Schreibmaschinen mit vollständig frei sichtbarer Schrift und modernsten Einrichtungen. Neueste Modelle. Vorführungen allerorten kostenlos und unverbindlich. Remington Schreibmaschinen-Gesellschaft m. b. H., Prag I., Celetna ul. 35, vis-a-vis dem Tbecni dum. Telephon 2871. 107

Kunst und Wissen.

Nachvorstellung. „Das Glas der Jungfrau.“ Ein harmlos-eindeutiges Lustspiel von E. Balbo. Gläser können gesprungen sein, und Gläser können auch mit Jungfrauen verglichen werden. Drei Akte lang. In Treviso ist es Mitte, daß die Braut ihrem Bräutigam vor der Hochzeit ihr ungesprungenes Taufglas darreicht. Das Anninas hat aber einen ganz kleinen Sprung. Schicksalsschwind. Katastrophe. Der Macaronihändler Bräutigam springt (auch wegen der erhöhten Mitglieds) aus. Und schließlich nimmt er mit ungesprungenem Taufglas — Anninas Mutter. Geheißt wurde mit bewingender Pikanterie von der Konstantin, die über alle Sprünge hinwegzuhelfen hat, und von den Aufzählern. Herr Kurt war ein gefeierter Macaronihändler, auch alle anderen Mitspielenden, insbesondere Direktor Huttig, waren recht gut. Auch Frau Hoppe als Mutter, das Fräulein Paudler als Annina. Die Aufzähler Gäste hatten einen glücklichen Tag. Es lebe der ganz kleine Sprung! F. B.

Neues deutsches Theater. Heute, Dienstag: „Die Ballerina des Königs“ mit Leopoldine Konstantin.

Turnen und Sport.

Die gestrige Gaußigung des D. F. V. kann als Erfolg die Demission der Berufungsstelle buchen. Auch der bisherige Verbandsvorstand verspricht, zu rekonstruieren. Die Leitung sollen unabhängige Sportler und Turner übernehmen. Der Verbandstag findet am 29. Jänner in Laßitz statt. Die Resignationsversprechungen erscheinen auch, weil jedes Jahr wiederkehrend, nicht glaubhaft, dagegen ist der Ort des Verbandstages etwas zu nahe bei Tepliz... Warum nicht Prag als Ort des Verbandes bestimmt wird, ist rätselhaft. Praktisch, weil zentral gelegen, im Ort des Bundes, näher auch den entlegenen mährischen Gauen, und wertvoll, weil der deutsche Sport in der Hauptstadt eine wirksame Stärkung erfahren würde.

Wiener Reisterschaftsspiele: Sokosch—Starmk 5:2 (2:1), Sportklub—Amateure 3:2 (1:1), W. A. F.—Rudolfshügel 3:1 (0:1), Gertha—Wader wegen schlechten Bodens entfallen. Die neuerliche Niederlage der Amateure hat dem Sportklub die Spitzenführung verschafft. Er steht mit 16 Punkten bei 11 Spielen an erster, Sokosch mit ebenfalls 16 Punkten bei 12 Spielen an zweiter Stelle. Ferner dritter Rapid, 15 P., 11 Sp., vierter Derba 13 P., 10 Sp., fünfter Amateure 12 P., 11 Sp. — Sportklub hat noch gegen Rapid, Gertha gegen Floridsdorf und Wader, Amateure ebenfalls gegen Wader zu spielen. In der zweiten Klasse siegte Red Star gegen Germania 5:2. Alle anderen Spiele entfielen wegen schlechten Bodens. Sportklub erzielte das siegreichende Tor in der letzten Minute.

Pänderlampf Ungarn-Polen 1:0 (1:0). 10.000 Zuschauer. Schiedsrichter Grün, Bran. Das Spiel fand auf dem M. T. A.-Platz statt. Die fünfzigsten Spiele finden unter Ausschluß der Leidenschaftlichkeit statt!!

Städtekampf Dresden—Breslau 3:2. 6000 Zuschauer bei sehr schlechtem Wetter.

Weihnachtsstürzen unternommen Sportklub und Floridsdorf nach Italien, wo sie auch gegeneinander ein Propagandaspiel austragen. Sparta und Union fahren nach Frankreich und Spanien, und tragen in Paris ein Städtekampf Prag—Paris aus.

Berausgeber: Dr. Ludw. G. Jech und Karl Cermak. Berantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Serbisches Schweinfett
hocharomatisch, schmackhaft und unvergleichlich bessere Qualität wie Amerikanische Provenienzen
Rückenspeck gesalzen oder geräuchert
offertiert nur Engrossisten u. Grosskonsumgenossenschaften
ab diversen Transitlager der Republik
A. Gasseau & Cie., Belgrad.
Generalvertretung
M. Bloch, Prag VII.-463.
Telegr. Adr.: „Morbloch — Prag“. Telefon 2925.

Lesen Sie bitte unseren neuen, illustrierten reichhaltigen Katalog Nr. 536 über kosmetische und hygienische Spezialartikel für Damen und Herren; Diskreter Versand in verschlossenem Kuvert ohne Firmen- und Druck gegen 2 Kr. in Bar od. Marken.
„Novitas“ Versandgeschäft, Aussig a. E.
Ihr Interesse verlangt es, dass Sie sich meine interessantesten u. lehrreichen Broschüren kommen lassen. Dieselben enthalten eine reichhaltige Auswahl hyg. kosmetischer Artikel, sowie wichtiger Gebrauchsartikel für jeden Haushalt. Versandt vollkommen diskret gegen Einsendung von K 2., in bar. Versandgeschäft Josef Stöhr, Weisskirch 12 bei Jägerndorf, Schlesien. 321

Lato die beste
Milch-Schokolade
besorgt den Konsum-Vereinen die
G. E. C.